

KIELER KONJUNKTUR- BERICHTE

Weltwirtschaft
im Winter 2020

Abgeschlossen am 16. Dezember 2020

© Birgit Wolfrath – IfW Kiel

Nr. 73 (2020|Q4)

*Klaus-Jürgen Gern, Philipp Hauber, Stefan Kooths,
und Ulrich Stolzenburg*

WELTWIRTSCHAFTLICHE ERHOLUNG SCHREITET INSGESAM VORAN

Klaus-Jürgen Gern, Philipp Hauber, Stefan Kooths und Ulrich Stolzenburg

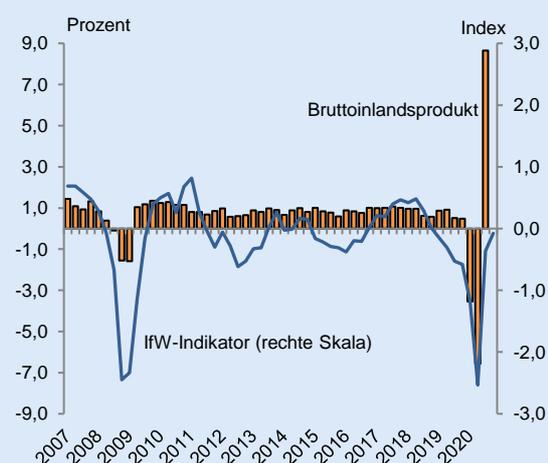
Die Weltwirtschaft hat im dritten Quartal einen erheblichen Teil der in der ersten Jahreshälfte aufgrund der Covid-19-Pandemie erlittenen Rückgänge im Produktionsniveau wieder aufgeholt. Derzeit wird die Erholung durch eine weitere Infektionswelle und Maßnahmen zu ihrer Eindämmung zwar gebremst, im weltweiten Aggregat bleibt die Produktion aber aufwärtsgerichtet. Während das Bruttoinlandsprodukt in Europa im vierten Quartal wohl erneut zurückgeht, dürfte es in der übrigen Welt zumeist weiter steigen; in China ist die konjunkturelle Dynamik aktuell sogar recht hoch. Anders als im Frühjahr sind bislang keine gravierenden negativen Auswirkungen der Pandemie auf die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe, den internationalen Warenhandel und die Rohstoffpreise erkennbar. Mit dem erwarteten Abflauen der Infektionswelle dürfte sich die wirtschaftliche Aktivität im Verlauf des ersten Quartals auch dort wieder erholen, wo sie zwischenzeitlich spürbar gesunken war. Für den weiteren Verlauf des Jahres ist dann mit zunehmender Durchimpfung der Bevölkerung eine nachhaltige Verringerung der Infektionsrisiken und eine fortschreitende Normalisierung der Rahmenbedingungen auch für die besonders kontaktintensiven Wirtschaftszweige zu erwarten. Für 2021 rechnen wir mit einem Anstieg der Weltproduktion (gemessen auf Basis von Kaufkraftparitäten) um 6,1 Prozent, nach einem Einbruch um 3,8 Prozent im laufenden Jahr. Auch im Jahr 2022 wird die weltwirtschaftliche Aktivität mit 4,1 Prozent voraussichtlich stärker steigen als im mittelfristigen Trend, die Produktion wird gleichwohl längerfristig deutlich unter dem Niveau bleiben, mit dem vor der Krise gerechnet werden konnte. Damit haben wir unsere September-Prognose für das Jahr 2020 um 0,2 Prozentpunkte und für das Jahr 2021 um 0,6 Prozentpunkte reduziert. Für den Welthandel (Waren) rechnen wir mit einem Anstieg von 8,8 Prozent, nach einem Rückgang um 5,4 Prozent in diesem Jahr.

Kasten 1: Zur fiskalischen Reaktion auf die Corona-Krise im Euroraum

Kasten 2: Zu den wirtschaftspolitischen Plänen der Biden-Regierung

Die Erholung der Weltwirtschaft vom Konjunkturunbruch im Frühjahr war bis zum Herbst kräftig, hat sich zuletzt aber abgeschwächt. Die Weltproduktion hat im dritten Quartal um fast 9 Prozent zugenommen und damit auch optimistische Erwartungen übertroffen. Der im ersten Halbjahr als Folge der Covid-19-Pandemie verzeichnete historische Einbruch wurde damit zu einem großen Teil wieder wettgemacht; das Vorkrisenniveau wurde nur noch um 2 Prozent unterschritten. Der Indikator für die weltwirtschaftliche Aktivität, der auf der Basis von Stimmungsindikatoren aus 42 Ländern berechnet wird, ist auch im vierten Quartal weiter aufwärtsgerichtet (Abbildung 1). Allerdings verdeckt der Durchschnittswert für das Quartal die Tatsache, dass sich die Stimmung bei den Unternehmen im November deutlich verschlechtert hat, nachdem die Infektionsraten im Herbst stark gestiegen waren und in vielen Ländern zur Ein-

Abbildung 1:
Weltwirtschaftliche Aktivität 2007–2020



Quartalsdaten; saisonbereinigt; Indikator berechnet auf Basis von Stimmungsindikatoren aus 42 Ländern; Bruttoinlandsprodukt: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal, 46 Länder, gewichtet nach Kaufkraftparität.

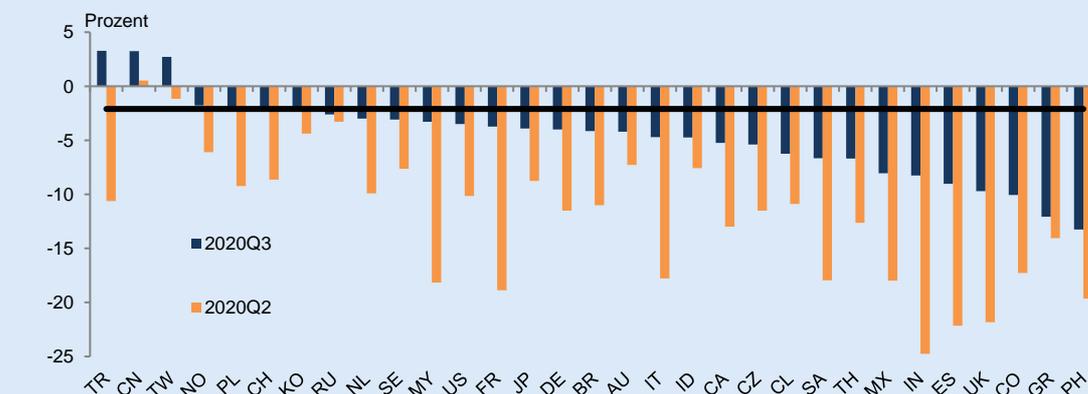
Quelle: OECD, *Main Economic Indicators*; nationale Quellen; Berechnungen des IfW Kiel.

dämmung der Pandemie wieder Beschränkungen der sozialen und wirtschaftlichen Aktivität beschlossen wurden. Dies war vor allem in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften der Fall, und hier insbesondere in Europa, während in den Schwellenländern bislang noch keine Eintrübung der Aussichten zu verzeichnen ist.

Das Ausmaß der Erholung unterscheidet sich in sektoraler und regionaler Hinsicht erheblich. Die Industrieproduktion erholte sich zügig. In den asiatischen Schwellenländern, die wie etwa China in besonderem Maße auf die Herstellung von Konsumgütern spezialisiert sind, die derzeit besonders gefragt sind, und zudem von dem hohen Bedarf an persönlicher und medizinischer Schutzausrüstung besonders profitierten, überstieg sie das Vorkrisenniveau sogar zum Teil deutlich. Auch der internationale Handel mit Waren stieg äußerst kräftig. Der Abstand zum Vorkrisenniveau verringerte sich bis zum September auf lediglich knapp 2 Prozent (von 17 Prozent im Mai), und die jüngsten Meldungen über ausgeprägte Knappheiten bei Schiffskapazitäten und Containern lassen auf einen bis zuletzt ungebrochenen Aufwärtstrend schließen. Sehr uneinheitlich war das Ausmaß der Normalisierung der wirtschaftlichen Aktivität in den verschiedenen Dienstleistungsbereichen. Während sich das Geschäft im Einzelhandel rasch erholte und die Umsätze preisbereinigt ihr Vorjahresniveau im Oktober sogar deutlich überstiegen, blieben die Einbußen bei Dienstleis-

tungen mit ausgeprägten sozialen Kontakten, etwa im Gast- oder im Unterhaltungsgewerbe, erheblich. Regional gesehen nahm die Produktion im dritten Quartal überall sehr deutlich zu, und der Anstieg war tendenziell umso größer, je stärker der Einbruch im zweiten Quartal gewesen war. Dennoch sind deutliche Unterschiede zu verzeichnen, wenn es darum geht, wie weit die Produktion im dritten Quartal noch vom Vorkrisenniveau entfernt gewesen ist (Abbildung 2). Besser als im weltweiten Durchschnitt stellt sich die Situation vor allem in China dar, wo die Pandemie ihren Ursprung genommen hatte und sehr früh effektiv bekämpft worden war. Hier – wie auch in Taiwan – wurde das Produktionsniveau vom vierten Quartal 2019 zuletzt deutlich überschritten. Dies gilt auch für die Türkei, wo insbesondere das Verarbeitende Gewerbe im Sommer stark expandierte. Vergleichsweise nahe am Vorkrisenniveau operierte im dritten Quartal zudem die Wirtschaft in Australien und in Korea, sowie in Europa in der Schweiz, in Polen und in Norwegen. In vielen Ländern belief sich der Abstand der Produktion vom Vorkrisenniveau im dritten Quartal noch auf etwa drei bis fünf Prozent, so in den Vereinigten Staaten, im Euroraum insgesamt und in Japan sowie in einer Reihe von Schwellenländern (z.B. Brasilien, Russland, Indonesien). Am größten ist die Lücke im Vergleich zum Vorkrisenniveau noch in Indien und im Vereinigten Königreich, wo der Wirtschaftseinbruch im Frühjahr besonders heftig

Abbildung 2:
Bruttoinlandsprodukt im Vergleich zum Vorkrisenniveau in ausgewählten Volkswirtschaften, Q2 und Q3 2020



Bruttoinlandsprodukt, saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem vierten Quartal 2019; Linie: Weltwirtschaft insgesamt (2020Q3); Länderkürzel gemäß ISO 3166-1.

Quelle: nationale Statistikämter, OECD *Main Economic Indicators*.

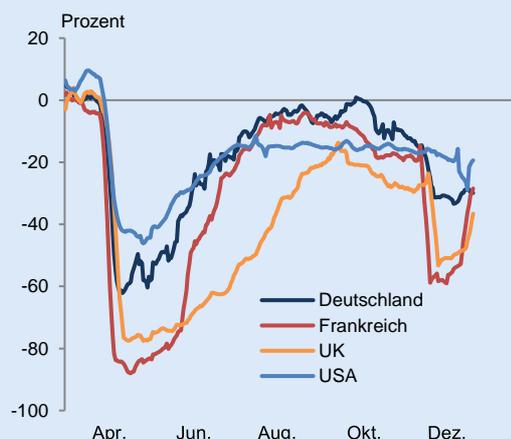
gewesen war, und in einigen Ländern, in denen der Auslandstourismus eine besonders große Rolle spielt, wie Spanien, Kroatien, Griechenland, Thailand und die Philippinen.

Erhebliche Auswirkungen der zweiten Welle der Pandemie sind bislang vor allem in Europa sichtbar. Im Spätsommer begannen in vielen Ländern die Infektionszahlen wieder zu steigen, und vielfach reagierten die Regierungen darauf, indem sie temporär Maßnahmen zur Beschränkung der sozialen Kontakte erneuerten oder wieder verschärften. Ein zeitnah verfügbarer Indikator für die Schärfe der Maßnahmen und ihre Wirkung auf die wirtschaftliche Aktivität ist der Effekt auf die Mobilität in der Bevölkerung, die auf der Basis von Google-Daten ermittelt wird (OECD 2020). Hier zeigt sich, dass es im Herbst vor allem in Europa zu einem erheblichen Rückgang der Mobilität gekommen ist, während sie sich etwa in den Vereinigten Staaten oder im asiatischen Raum kaum verringert hat (Abbildung 3). Der Rückgang in Europa ist zudem weniger ausgeprägt als im Frühjahr und weniger dauerhaft; in vielen Ländern – so in Frankreich und im Vereinigten Königreich – wurden die Restriktionen nach wenigen Wochen wieder gelockert, und die Mobilität hat sich bereits deutlich erholt.

Der Arbeitsmarkt hat sich belebt, die Spuren der Corona-Krise sind gleichwohl deutlich sichtbar. Die Arbeitslosigkeit spiegelt die Lage am Arbeitsmarkt in vielen Ländern nur unzureichend wider, da vielfach großzügige Kurzarbeitsprogramme aufgelegt wurden, die es den Unternehmen erlaubten, auf Entlassungen zu verzichten. Dort, wo dies nicht der Fall war, ging die Arbeitslosigkeit in den Sommermonaten zwar rasch von den im Frühjahr erreichten historisch hohen Niveaus zurück, lag aber im Herbst immer noch deutlich über dem Vorkrisenstand. So war die Arbeitslosenquote in den Vereinigten Staaten im November mit 6,7 Prozent immer noch mehr als 3 Prozentpunkte höher als vor einem Jahr. Ein ähnliches Bild zeigt sich in den europäischen Ländern bei den Zahlen für Kurzarbeiter: Sie sind zwar erheblich gesunken, lagen aber bis zuletzt auf einem hohen Niveau.

Die Inflation in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften hat sich auf niedrigem Niveau stabilisiert. Der Verbraucherpreisanstieg, der

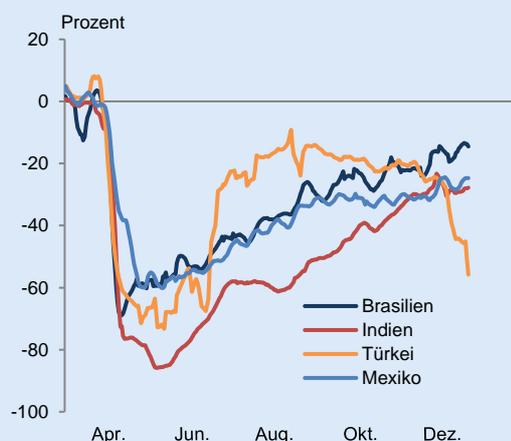
Abbildung 3:
Mobilität in ausgewählten Ländern, 2020
Fortgeschrittene Volkswirtschaften



Tagesdaten, Einzelhandel und Freizeiteinrichtungen, Abweichung ggü. gleichem Wochentag im Zeitraum Januar bis Februar 2020.

Quelle: Google Covid-19 Mobility Report.

Schwellenländer



Tagesdaten, Einzelhandel und Freizeiteinrichtungen, Abweichung ggü. gleichem Wochentag im Zeitraum Januar bis Februar 2020.

Quelle: Google Covid-19 Mobility Report.

im Frühjahr als Folge der Krise deutlich gesunken war, zog in den vergangenen Monaten wieder etwas an und lag in den G7-Ländern insgesamt im Oktober bei 1,2 Prozent. Maßgeblich für den wieder etwas stärkeren Preisauftrieb war der Anstieg der Ölpreise. Die ohne Berücksichtigung der Energie- und der Nahrungsmittelpreise ermittelte Kernrate der Inflation verharrte auf dem Niveau von reichlich 1 Prozent, auf das sie im Frühjahr gesunken war.

Der Ölpreis hat sich erholt, dürfte aber im Prognosezeitraum unter dem Vorkrisenniveau bleiben. Der Preis für ein Fass Rohöl der Sorte Brent stieg nach dem Einbruch im Frühjahr wieder deutlich, liegt aber auch Anfang Dezember mit rund 50 US-Dollar noch etwa 20 Prozent unter dem Stand von vor der Krise. Die Ölpreise wurden zwar durch eine — mit der gestiegenen wirtschaftlichen Aktivität – wieder höhere Nachfrage gestützt, der Ölverbrauch lag aber nach Schätzungen der Internationalen Energieagentur auch zuletzt noch etwa 5 Prozent unter seinem Vorjahresniveau. Maßgeblich war vielmehr, dass die im Frühjahr beschlossenen drastischen Produktionskürzungen in den Hauptexportländern (insbesondere OPEC plus Russland) weitgehend umgesetzt wurden und die Erzeugung in den Vereinigten Staaten angesichts des niedrigen Preisniveaus deutlich zurückging. So wurden die im Frühjahr stark gestiegenen weltweiten Rohöllagerbestände allmählich reduziert. Die in der Produktionsplanung der OPEC-Plus vorgesehene Anhebung der Förderquoten zum Januar 2021 wurde in der Anfang Dezember abgeschlossenen Vereinbarung erheblich gekürzt, worauf der Ölpreis mit einem spürbaren Anstieg reagierte. Für die nächsten Monate ist eine anhaltende Beobachtung der Marktentwicklung verabredet worden, so dass die Produktion wohl rasch auf merkliche Preisbewegungen reagieren und diese damit in Grenzen halten dürfte. Wir

rechnen mit einem allmählichen Anstieg der Brent-Notierungen bis Ende 2022 auf rund 55 US-Dollar (Tabelle 1).

Die Geldpolitik ist weiter stark expansiv ausgerichtet. Die Notenbanken in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften haben ihre im Frühjahr als Reaktion auf die Corona-Krise eingeführten expansiven Maßnahmen zumeist nochmals ausgeweitet oder die Erwartungen für den Zeitpunkt einer Straffung nach hinten verschoben. So wurde das Volumen des Anleihekaufprogramms im Euroraum und im Vereinigten Königreich erhöht und die Laufzeit verlängert. In den Vereinigten Staaten lässt die veränderte Interpretation des Inflationsziels erwarten, dass das Zinsniveau noch längere Zeit extrem niedrig bleiben wird. Sie sieht vor, dass nunmehr über einen gewissen Zeitraum auch eine höhere Inflationsrate als 2 Prozent zielgemäß ist, wenn dieses Ziel zuvor entsprechend unterschritten wurde. In den Schwellenländern wurden die Zinsen auch in den vergangenen Monaten tendenziell weiter gesenkt. Ausnahmen sind die Türkei, wo sich die Notenbank einem starken Abwertungsdruck auf die türkische Lira entgegenstemmte, und Argentinien, das einen unerwartet starken Anstieg der Inflation verzeichnete. Alles in allem sind die finanziellen Rahmenbedingungen in den Schwellenländern aber zurzeit recht günstig, wozu auch ein effektiv abwertender US-Dollar beiträgt

Tabelle 1:
Rahmendaten für die Konjunkturprognose 2020–2022

	2020				2021				2022			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Leitzins												
Vereinigte Staaten	1,50	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Japan	-0,10	-0,10	-0,10	-0,10	-0,10	-0,10	-0,10	-0,10	-0,10	-0,10	-0,10	-0,10
Euroraum	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Wechselkurse												
US-Dollar/Euro	1,10	1,10	1,17	1,19	1,20	1,20	1,20	1,20	1,20	1,20	1,20	1,20
Yen/US-Dollar	109,0	107,5	105,8	104,4	104,0	104,0	104,0	104,0	104,0	104,0	104,0	104,0
Ölpreis (Brent) in US-Dollar	50,4	29,4	43,0	43,5	48,9	51,2	53,3	53,8	54,0	54,3	54,6	54,8
HWWI-Index für Industrierohstoffe	119,1	112,7	134,9	148,3	151,3	152,8	154,3	155,9	156,7	157,4	158,2	159,0

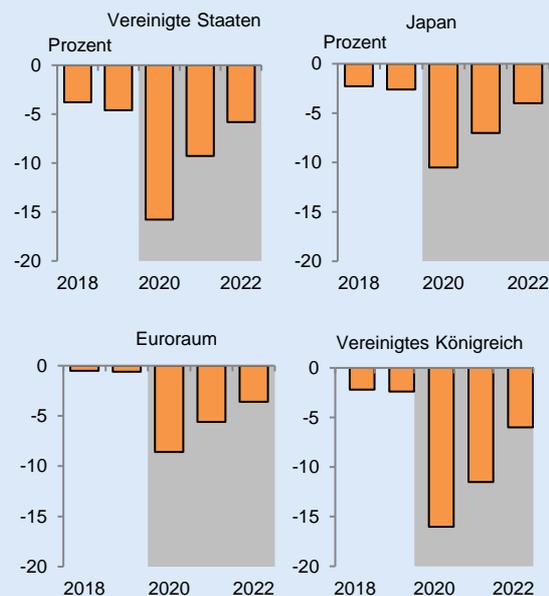
Leitzins: Vereinigte Staaten: Untergrenze des Zielbandes für die Fed Funds Rate; Japan: Tagesgeldzins; Euroraum: Hauptrefinanzierungssatz.

Quelle: HWWI, Rohstoffpreisindex; IMF, *International Financial Statistics*; Federal Reserve Bank, *Intended Federal Funds Rate*; EZB, *Monatsbericht*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Die finanzpolitischen Impulse bleiben vorerst groß. In dem Bemühen, die wirtschaftlichen Folgen der zur Bekämpfung der Pandemie ergriffenen Maßnahmen zu mildern, haben die Regierungen Mehrausgaben, Steuerstundungen und Kreditprogramme beschlossen die zusammen mit konjunkturbedingten Einnahmeausfällen in diesem Jahr zu Fehlbeträgen im Staatshaushalt führen werden, die zum Teil eine Größenordnung von 10 Prozent noch deutlich übersteigen (Abbildung 4). Angesichts der noch unvollständigen Normalisierung der wirtschaftlichen Aktivität und zum Teil spürbarer neuerlicher Beschränkungen werden auch im kommenden Jahr beträchtliche finanzpolitische Anstrengungen unternommen werden. Für die Vereinigten Staaten ist nach dem Notfallpaket aus dem Frühjahr dieses Jahres mit einem weiteren umfangreichen Stützungsprogramm zu rechnen. Erst im Jahr 2022 werden die Defizite mit Auslaufen vieler befristeter Maßnahmen und dank konjunktureller Mehreinnahmen deutlich zurückgehen. Im Euroraum kommt zu den nationalen Fiskalmaßnahmen das Next Generation EU-Programm hinzu, das im nächsten Jahr anlaufen dürfte. Es beläuft sich auf eine Größenordnung von insgesamt rund 2,5 Prozent des EU-Bruttoinlandsprodukts, wobei in den kommenden beiden Jahren aber nur ein Teil verausgabt werden wird (Gemeinschaftsdiagnose 2020). Im internationalen Vergleich ist der fiskalische Impuls im Euroraum relativ gering. Obwohl den Maßnahmen auf nationaler Ebene durch die europäischen Fiskalregeln keine Grenzen gesetzt wurden, da im Frühjahr die allgemeine Ausnahmeklausel aktiviert wurde, scheint der finanzpolitische Spielraum insbesondere dort eingeschränkt zu sein, wo vor Beginn der Krise die Staatsverschuldung und die strukturellen Defizite besonders hoch gewesen waren (Kasten 1).

Die Finanzmärkte reflektieren die expansive Wirtschaftspolitik und die Erwartung einer Überwindung der Pandemie. An den Aktienmärkten hat die zweite Infektionswelle nur vorübergehend die Stimmung getrübt. Spürbare Kursrückgänge, die im Herbst vor allem in Europa zu verzeichnen gewesen waren, wurden weitgehend wieder aufgeholt, nachdem mehrere Firmen Erfolge bei der Entwicklung von Impfstoffen für Covid-19 gemeldet hatten. In den Vereinigten Staaten wurden sogar historische

Abbildung 4:
Staatliche Finanzierungssalden in großen fortgeschrittenen Volkswirtschaften 2018–2022



Jahresdaten; in Relation zum Bruttoinlandsprodukt; Vereinigte Staaten: Bund.

Quelle: OECD, *Economic Outlook*; Eurostat; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Höchststände erreicht. Auf Konjunkturoptimismus lassen auch steigende Notierungen bei Industrieharstoffen schließen. Die Kapitalmarktzinsen sind wohl nicht zuletzt als Folge der umfangreichen Anleihekäufe durch die Notenbanken weiterhin sehr niedrig, in den Vereinigten Staaten aber seit August aufwärtsgerichtet, als die US Fed die veränderte Interpretation ihres Inflationsziels ankündigte. Die damit verbundenen höheren Inflationserwartungen dürften auch ein Grund für die Abwertung des US-Dollars in den vergangenen Monaten sein.

Mit dem Regierungswechsel in den Vereinigten Staaten könnte sich das handelspolitische Klima verbessern, während die Auswirkungen des Brexit ein Abwärtsrisiko für die Prognose bleiben. Die weltweiten Handelsspannungen traten in diesem Jahr zwar durch die Corona-Krise in den Hintergrund, sind aber nach wie vor nicht beigelegt. So brachte sich der Streit zwischen den Vereinigten Staaten und der EU um unerlaubte Subventionen für die jeweiligen großen Flugzeughersteller (Boeing bzw. Airbus) im Herbst dadurch in Erinnerung, dass die

EU nach einem entsprechenden Urteil der WTO Strafzölle auf bestimmte amerikanische Produkte erhob – eine Retourkutsche auf entsprechende Zölle seitens der Vereinigten Staaten vom Frühjahr.¹ Die neue US-Regierung dürfte in handelspolitischen Fragen zwar ebenfalls nationale Interessen vertreten, sie verfolgt aber voraussichtlich einen stärker multilateralen Ansatz und dürfte gerade mit den europäischen Partnern eine Verständigung suchen, um in den bestehenden Konflikten über die handelspolitischen Rahmenbedingungen mit China eine gemeinsame Position zu beziehen (Kasten 2). Nicht zuletzt besteht Unsicherheit über die Ausgestaltung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich nach dem Ende der Übergangsfrist am 31. Dezember 2020. Die Verhandlungen über einen umfassenden Handelsvertrag gestalten sich schwierig und ein erfolgreicher Abschluss ist höchst unsicher. Bei einem Scheitern drohen die Einführung von Zollschranken und möglicherweise beträchtliche Friktionen im Handel zwischen den beiden eng verwobenen Wirtschaftsräumen.

Ausblick: Erholung der Weltkonjunktur nur vorübergehend gedämpft

Nach einem historischen Rückgang in diesem Jahr expandiert die Weltwirtschaft im kommenden Jahr sehr kräftig. In den vergangenen Monaten hat sich die Dynamik der weltweiten Konjunkturerholung zwar aufgrund der zweiten Welle der Pandemie verringert, die Aufwärtstendenz wurde aber wohl nur in einigen Ländern, vor allem in Europa, unterbrochen. Auch deutet sich an, dass die Beeinträchtigung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität weniger stark ist als im Frühjahr, und dass insbesondere die Aufwärtsentwicklung im Verarbeitenden Gewerbe nicht erheblich beeinträchtigt wird. Mit dem Abflauen der Infektionswelle und der Rücknahme der zur Eindämmung der Pandemie getroffenen Maßnahmen dürfte sich die wirtschaftliche Aktivität im Verlauf des ersten Quartals auch dort wieder erholen, wo sie zwischenzeit-

lich spürbar gesunken war. Für den weiteren Verlauf des Jahres ist dann mit zunehmender Durchimpfung, zunächst der besonders gefährdeten Bevölkerungsgruppen und nach und nach dann der übrigen Bevölkerung, eine nachhaltige Verringerung der Infektionsrisiken und eine fortschreitende Normalisierung der Rahmenbedingungen auch für die besonders kontaktintensiven Wirtschaftszweige zu erwarten. So rechnen wir für die zweite Jahreshälfte 2021 mit einer sehr kräftigen Ausweitung der Aktivität im Tourismus, im Fernverkehr und im Unterhaltungsgewerbe, in Bereichen also, in denen es im Zuge der bisherigen gesamtwirtschaftlichen Erholung noch nicht zu einer deutlichen Annäherung an ein Normalniveau der Geschäftstätigkeit gekommen ist. Gestützt von niedrigen Zinsen und einkommensstützenden Maßnahmen der Finanzpolitik dürfte der private Konsum kräftig zunehmen, sobald zurückgestaute Bedürfnisse gedeckt werden können. Sofern die Impfprogramme wie erwartet rasch und in der Breite der Gesellschaft umgesetzt werden, wird sich die wirtschaftliche Unsicherheit verringern und die Investitionstätigkeit anziehen. Alles in allem rechnen wir für 2021 mit einem kräftigen Anstieg der Weltproduktion (gemessen auf Basis von Kaufkraftparitäten) um 6,1 Prozent, nach einem Einbruch um 3,8 Prozent im laufenden Jahr (Tabelle 2), dem mit Abstand stärksten Einbruch der vergangenen 70 Jahre. Auf der Basis von Marktwechselkursen ergeben sich Veränderungsraten der globalen Produktion von –4,2 Prozent in diesem Jahr, gefolgt von 5,6 Prozent im nächsten Jahr. Auch im Jahr 2022 wird die weltwirtschaftliche Aktivität mit 4,5 Prozent (bzw. 4,2 Prozent auf Basis von Marktwechselkursen) voraussichtlich stärker steigen als im mittelfristigen Trend. Wir haben unsere Prognose vom September damit für 2020 um 0,2 Prozentpunkte und für 2021 um 0,6 Prozentpunkte reduziert. Für den Weltmarkt (Waren) rechnen wir mit einem Anstieg von 8,8 Prozent, nach einem Rückgang um 5,4 Prozent in diesem Jahr.

¹ Zu den wirtschaftlichen Folgen der US-Strafzölle im Boeing-Airbus-Streit siehe [Felbermayr und Stamer \(2019\)](#).

Tabelle 2:
Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise in der Welt 2020–2022

	Gewicht	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise		
		2020	2021	2022	2020	2021	2022
Weltwirtschaft	100,0	-3,8	6,1	4,5	3,2	3,5	3,6
Fortgeschrittene Länder	44,5	-5,1	4,3	3,4	0,8	1,7	1,8
China	18,7	1,8	9,2	5,9	2,7	2,0	2,3
Lateinamerika	6,5	-7,6	4,4	3,4	8,7	7,6	7,6
Indien	7,7	-7,9	11,6	8,8	6,9	7,3	4,8
Ostasiatische Schwellenländer	5,0	-4,4	6,5	5,6	1,1	2,2	2,7
Russland	3,1	-3,0	4,2	1,8	3,6	4,7	4,0
<i>Nachrichtlich:</i>							
Welthandelsvolumen		-5,4	8,8	4,4			
Weltwirtschaft (gewichtet gemäß Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2019 in US-Dollar)		-4,2	5,6	4,2	2,5	3,0	3,0

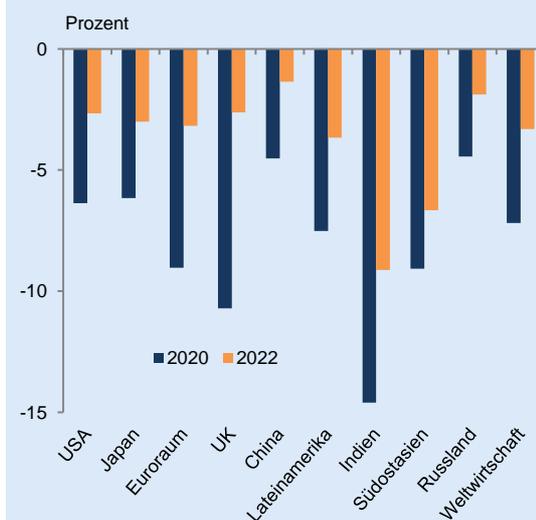
Prozent. Gewicht: gemäß Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2019 nach Kaufkraftparität. Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise: Veränderungen gegenüber dem Vorjahr; Ostasiatische Schwellenländer: Thailand, Malaysia, Indonesien und Philippinen; Lateinamerika: Argentinien, Brasilien, Chile, Kolumbien, Mexiko, Peru, Venezuela (nicht Verbraucherpreise). Fortgeschrittene Länder: Die Werte stimmen nicht notwendigerweise mit denen in Tabelle 3 überein, da der Länderkreis hier breiter gefasst ist und ein anderes Konzept bei der Gewichtung verwandt wird.

Quelle: IMF, *International Financial Statistics*; OECD, *Main Economic Indicators*; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Trotz der kräftigen Erholung sind die längerfristigen Auswirkungen der Corona-Krise beträchtlich. Auch im Jahr 2022 wird die weltwirtschaftliche Aktivität mit 4,5 Prozent (bzw. 4,2 Prozent auf Basis von Marktwechselkursen) voraussichtlich stärker steigen als im mittelfristigen Trend. Gleichwohl wird das Niveau der Weltproduktion aufgrund der durch die Corona-Krise erfolgten Einkommenseinbußen und einer infolge von verschlechterten Absatzerwartungen und einer reduzierten Eigenkapitalbasis vermutlich nachhaltig gedämpften Investitionsneigung wohl auf längere Zeit deutlich unter dem Pfad bleiben, den wir im Herbst 2019 erwartet hatten (Abbildung 5). Zwar wird das Ausmaß der Abweichung vom vor der Krise erwarteten Produktionsniveau im Laufe der Zeit geringer, es ist aber auch im Jahr 2022 noch erheblich. Insbesondere in Entwicklungs- und Schwellenländern könnte die Krise nachhaltige Rückschläge bei wichtigen Entwicklungsfortschritten der vergangenen Jahre zur Folge haben (IWF 2020).

Nach einer konjunkturellen Delle im Winterhalbjahr setzt sich die Erholung der US-Wirtschaft im weiteren Prognosezeitraum fort. Zwar deuten konventionelle Indikatoren ebenso wie Mobilitätsdaten nicht auf einen Einbruch der Konjunktur hin doch hat die Expansionsdynamik vor dem Hintergrund erneut steigender Infektions- und Todeszahlen auch in den Vereinig-

Abbildung 5:
Veränderung im Niveau des Bruttoinlandsprodukts gegenüber der IfW-Prognose im Herbst 2019



Quelle: Berechnungen des IfW Kiel.

ten Staaten nachgelassen. Dämpfend wirkt zudem, dass die im Rahmen des „CARES-Act“ geleisteten Transfers stark gesunken sind. Zu einem Einbruch des privaten Verbrauchs dürfte dies aber nicht führen, da eine weitere Normalisierung der im Frühjahr stark gestiegenen Sparquote stützend wirkt. Anfang kommenden Jahres dürfte sich der Kongress auf ein neues Kon-

junkturpaket einigen, das weitere Hilfen beinhaltet, da zum Ende des Jahres die verlängerte Bezugsdauer und die ausgeweitete Anspruchsbeziehung der Arbeitslosenversicherung im Rahmen der Pandemic Emergency Unemployment Compensation bzw. Pandemic Unemployment Assistance ausläuft, über die Mitte November mehr als 13 Mio. Personen Leistungen bezogen. In unserer Prognose unterstellen wir ein Volumen von etwa 1000 Mrd. Dollar. Neben einer temporären Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung dürften insbesondere auch Transfers an die Bundesstaaten und die Gemeinden enthalten sein, durch die prozyklischen Ausgabenkürzungen entgegengewirkt werden soll. Wenn im zweiten Halbjahr des kommenden Jahres Impfstoffe flächendeckend verfügbar sind und noch bestehende Restriktionen und Verhaltensanpassungen aufgrund der Pandemie entfallen können, dürfte die Konjunktur zusätzlichen Schub entfalten. Im Ergebnis rechnen wir damit, dass das Bruttoinlandsprodukt in den kommenden beiden Jahren mit Raten von 3,7 bzw. 3,5 Prozent zulegen wird, nach einem Rückgang um 3,6 Prozent in diesem Jahr (Tabelle 3 Industrieländer).

Die gesamtwirtschaftliche Produktion im Euroraum dürfte im Winterhalbjahr abermals zurückgehen, der Jahresverlauf 2021 steht dann im Zeichen einer kräftigen Erholung. Die Herbst-Welle des Coronavirus hat – mit unterschiedlicher Intensität – die meisten europäischen Länder erfasst und die Regierungen veranlasst, abermals weitreichende Maßnahmen zu ergreifen, um die Ausbreitung des Virus zu verlangsamen. Nach der im Sommer verzeichneten kräftigen Erholung ist für das vierte Quartal nun mit einer wieder rückläufigen wirtschaftlichen Aktivität zu rechnen. Der Rückgang dürfte allerdings bei weitem nicht so scharf ausfallen wie im Frühjahr, als die Verunsicherung sichtlich größer und die Produktionseinschränkungen weitreichender waren. Zudem ist die Fallhöhe nun geringer, denn viele der besonders betroffenen Wirtschaftszweige waren auch über den Sommer nicht voll ausgelastet. Insgesamt rechnen wir mit einer um reichlich 2 Prozent geringeren Wirtschaftsleistung im Schlussquartal, womit der Rückgang des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2020 bei 7,2 Prozent liegen dürfte. Die weitere Entwicklung der Konjunktur im Euroraum hängt

Tabelle 3:
Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften 2020–2022

	Gewicht	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote		
		2020	2021	2022	2020	2021	2022	2020	2021	2022
Europäische Union	36,1	-6,7	4,7	3,9	0,7	1,9	1,8	7,6	7,9	6,8
Euroraum	29,3	-7,2	4,9	4,0	0,3	1,7	1,4	7,9	8,3	7,2
Schweden	1,0	-2,9	3,3	2,8	0,8	1,2	1,7	8,3	8,0	6,8
Polen	2,3	-2,6	3,4	4,0	3,6	3,8	4,2	3,3	3,5	3,2
Vereinigtes Königreich	5,7	-11,3	6,5	4,0	0,9	1,8	2,3	4,2	5,3	4,8
Schweiz	1,1	-2,9	3,7	1,9	-0,8	0,6	0,6	5,4	4,8	4,5
Norwegen	0,6	-1,4	2,8	2,4	1,4	2,0	2,3	4,5	4,0	3,7
Vereinigte Staaten	37,4	-3,6	3,7	3,5	1,2	2,2	2,1	8,1	5,7	5,1
Kanada	3,3	-5,6	5,0	3,1	0,6	1,2	1,5	9,2	7,5	6,6
Japan	9,5	-5,2	3,7	2,0	0,2	0,5	0,8	2,8	2,9	2,5
Südkorea	4,0	-1,0	3,1	3,2	0,5	0,9	1,1	4,2	3,8	3,6
Australien	2,3	-3,0	3,8	3,0	0,7	1,6	2,0	6,9	6,4	6,1
Aufgeführte Länder	100,0	-5,4	4,4	3,6	0,9	1,8	1,8	6,8	6,1	5,4

Prozent. Gewicht gemäß Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2019 in US-Dollar. Bruttoinlandsprodukt: preisbereinigt und arbeitstäglich bereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Verbraucherpreise: Veränderung gegenüber dem Vorjahr, Europäische Union und Norwegen: harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI). Arbeitslosenquote: standardisiert nach dem ILO-Konzept. Ländergruppen gewichtet auf der Grundlage der Erwerbersonnenzahl von 2019.

Quelle: Eurostat, *Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen*; OECD, *Main Economic Indicators*; IMF, *World Economic Outlook Database*; Statistics Canada, *Canadian Economic Account*; grau hinterlegt: Prognose des Ifw Kiel.

stark vom Verlauf der Pandemie ab. Wir nehmen an, dass mit der zunehmenden Verteilung von Impfstoffen und unterstützt durch wärmeres Wetter ab dem Frühjahr die Kontrolle der Infektionszahlen immer besser gelingt, und weitreichende Beschränkungen der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Aktivität im Verlauf des Sommers immer weniger notwendig sein werden. In diesem Fall würde die zwangsweise heruntergefahrenen wirtschaftlichen Aktivität wohl zügig wieder zurückkehren, zumal aufgestaute Kaufkraft der privaten Haushalte aus den zurückliegenden Monaten dann nachfragewirksam werden kann. Im späteren Verlauf des Prognosezeitraums werden sich die Zuwächse dann wohl nicht mehr wesentlich vom Wachstum des Produktionspotenzials unterscheiden. Bei diesem Verlauf wird das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2021 um knapp 5 Prozent und im Jahr 2022 um rund 4 Prozent zulegen.

Corona und Brexit belasten die Konjunktur im Vereinigten Königreich. Der Corona-bedingte Wirtschaftseinbruch war im Vereinigten Königreich trotz massiver fiskalischer Impulse besonders stark, was auch durch massive fiskalische Impulse nicht verhindert werden konnte. Trotz einer sehr kräftigen Erholung um mehr als 15 Prozent lag die gesamtwirtschaftliche Produktion im dritten Quartal immer noch um fast 10 Prozent unter ihrem Vorkrisenniveau. Für das Schlussquartal 2020 ist mit einem abermaligen spürbaren Rückgang des Bruttoinlandsprodukts zu rechnen. Vor allem im November wurde die wirtschaftliche Aktivität durch weitreichende Maßnahmen zur Rückführung gestiegener Infektionszahlen stark gedrückt. Belastet wird die Stimmung im Vereinigten Königreich zudem durch die Unsicherheit im Zusammenhang mit dem Brexit, die vor allem als zusätzliche Investitionsbremse wirkt. Der Aufbau von Zollschränken im Handel zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU würde den Handel im kommenden Jahr wohl stark behindern und sich negativ

auf die inländische Produktion auswirken. Gleichwohl dürfte das Bruttoinlandsprodukt im kommenden Jahr auch in diesem Fall aufgrund der Erholung von dem starken pandemiebedingten Produktionseinbruch deutlich zunehmen. Wir erwarten für 2021 einen Zuwachs von 6,5 Prozent, nach einem Rückgang um 11,3 Prozent im Jahr 2020. Für 2022 rechnen wir zwar mit einem weiteren deutlichen Anstieg von 4 Prozent, gleichwohl wird die Produktion im Vereinigten Königreich das Vorkrisenniveau auch am Ende des Prognosezeitraums noch merklich unterschreiten.

In den mittel- und osteuropäischen Mitgliedsländern der EU wird die zweite Pandemie-welle zur Belastung. Während die Covid-19-Fallzahlen im Frühjahr in den mittel- und osteuropäischen EU-Ländern im Frühjahr noch relativ gering gewesen waren, so stiegen sie in diesem Herbst in einer Reihe von Ländern drastisch, etwa in Polen und besonders stark in Tschechien. Entsprechend strikt waren die landesweiten Restriktionen, die im vierten Quartal zu einem deutlichen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts geführt haben dürften. Zuvor war indes die Erholung vielfach weit vorangekommen. Vor allem im Verarbeitenden Gewerbe war der Einbruch vom Frühjahr bereits wieder wettgemacht worden: Im Oktober war die Produktion in diesem Wirtschaftsbereich nahezu überall in dieser Ländergruppe wieder höher als vor der Krise, zum Teil sogar deutlich. Für die kommenden beiden Jahre rechnen wir mit einer kräftigen Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktion, die ähnlich wie im Euroraum im Verlauf des Jahres 2021 deutlich an Dynamik gewinnen wird. Spürbare Impulse werden von steigenden Investitionszuschüssen aus den Finanztöpfen der EU ausgehen. Ein Risiko bildet der Ausblick für die Inflation, die in einigen Ländern in der Rezession auf recht hohem Niveau verharrte und mit der erwarteten kräftigen Erholung der Konjunktur spürbar anziehen könnte (Tabelle 4).

Tabelle 4:
Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in den EU-Ländern 2020–2022

	Gewicht	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote		
		2020	2021	2022	2020	2021	2022	2020	2021	2022
Deutschland	24,9	-5,6	3,1	4,6	0,4	2,5	1,7	4,2	4,8	4,1
Frankreich	17,5	-9,0	6,3	3,6	0,6	1,5	1,4	8,2	9,0	8,0
Italien	12,9	-9,2	5,3	3,6	-0,2	1,4	1,2	9,3	9,6	9,0
Spanien	9,0	-11,0	8,3	4,4	-0,3	1,3	1,1	15,6	15,1	13,0
Niederlande	5,8	-4,1	3,1	2,9	1,1	1,8	1,6	3,9	4,2	3,4
Belgien	3,4	-7,0	4,5	3,4	0,4	1,5	1,3	5,1	5,3	5,1
Österreich	2,9	-7,0	4,5	3,8	1,4	1,8	1,6	5,3	5,3	4,5
Irland	2,6	1,9	5,6	4,5	0,8	-0,2	1,4	6,0	6,8	5,1
Finnland	1,7	-3,4	2,2	2,6	0,4	1,3	1,0	7,8	7,7	6,7
Portugal	1,5	-8,3	6,2	3,8	-0,1	1,3	1,3	7,1	6,9	6,5
Griechenland	1,3	-8,9	5,6	4,8	-1,2	0,4	1,3	16,6	16,9	14,3
Slowakei	0,7	-6,2	6,1	4,0	1,9	2,1	1,9	6,6	6,6	5,8
Luxemburg	0,5	-3,9	2,7	3,5	0,0	0,9	0,8	6,7	6,4	5,5
Slowenien	0,3	-6,9	5,9	3,9	-0,3	0,8	0,7	4,9	4,6	4,0
Litauen	0,4	-2,0	2,7	3,7	1,1	1,5	1,3	8,9	9,6	7,0
Lettland	0,2	-4,2	4,2	3,4	0,1	0,9	0,8	8,2	7,6	6,3
Estland	0,2	-2,9	4,6	4,3	-0,7	0,5	0,5	7,0	7,0	5,0
Zypern	0,2	-5,7	4,1	3,9	-1,2	0,5	0,4	8,3	9,6	6,2
Malta	0,1	-8,7	7,9	4,8	0,8	1,9	1,7	4,0	3,7	3,5
Schweden	3,4	-2,9	3,3	2,8	0,8	1,2	1,7	8,3	8,0	6,8
Polen	3,6	-2,6	3,4	4,0	3,6	3,8	4,2	3,3	3,5	3,2
Dänemark	2,2	-3,9	2,8	2,2	0,4	0,8	1,3	5,6	5,7	5,0
Tschechien	1,5	-6,2	3,2	3,3	3,4	3,5	3,8	2,6	2,7	2,0
Rumänien	1,5	-5,1	3,2	4,1	2,6	2,4	3,5	5,0	4,9	4,0
Ungarn	1,0	-5,1	5,3	4,1	3,4	3,5	4,0	4,3	4,5	3,5
Bulgarien	0,4	-3,5	3,7	4,0	1,4	1,0	2,5	5,5	5,6	4,4
Kroatien	0,4	-8,5	4,3	5,0	0,1	0,4	2,0	7,6	7,8	6,0
Europäische Union	100,0	-6,7	4,7	3,9	0,7	1,9	1,8	7,6	7,9	6,8
Nachrichtlich:										
Europäische Union 11	89,6	-7,0	4,8	3,9	0,3	1,6	1,4	8,5	8,8	7,7
Beitrittsländer	8,9	-5,2	4,6	4,6	2,8	2,9	3,5	4,5	4,6	3,8
Euroraum	86,1	-7,2	4,9	4,0	0,3	1,7	1,4	7,9	8,3	7,2
Euroraum ohne Deutschland	61,2	-7,9	5,7	3,7	0,3	1,4	1,3	9,3	9,5	8,4

Prozent. Gewicht: auf der Grundlage des Bruttoinlandsprodukts zu Preisen und Wechselkursen von 2019. Bruttoinlandsprodukt: preis- und kalenderbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Verbraucherpreise: Veränderung gegenüber dem Vorjahr, harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI). Arbeitslosenquote: standardisiert nach dem ILO-Konzept, Ländergruppen gewichtet auf der Grundlage der Erwerbspersonenzahl von 2019. Beitrittsländer seit 2004. *Zahlen weichen von denen im Deutschland-Konjunkturbericht ab, in dem die Zuwachsraten für das Bruttoinlandsprodukt in der Regel nicht kalenderbereinigt und Verbraucherpreise gemäß VPI-Abgrenzung (statt HVPI) ausgewiesen werden.

Quelle: Eurostat, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen; grau hinterlegt: Prognose des Ifw Kiel.

In China hat sich die Aktivität in weiten Teilen der Wirtschaft bereits wieder normalisiert.

Die Erholung von dem pandemiebedingten Wirtschaftseinbruch ist in China besonders weit fortgeschritten. Die Industrieproduktion erholte sich bereits im Frühjahr weitgehend, und seit September liegen die Zuwachsraten gegenüber dem Vorjahr mit Raten von 7 Prozent sogar etwas höher als vor der Krise. Hierzu beigetragen hat ein starker Zuwachs der Ausfuhren. Diese dürften zwar angesichts des durch die neue Corona-Welle bedingten Dämpfers für die Nachfrage im

Ausland wohl zunächst an Fahrt verlieren, werden im weiteren Prognosezeitraum aber eine Stütze der Konjunktur bleiben. Vor dem Hintergrund eines weitestgehend unter Kontrolle gebrachten Infektionsgeschehens dürfte zudem in den kommenden Quartalen die Normalisierung der Aktivität in den Dienstleistungsbereichen voranschreiten, die besonders stark von der Pandemie betroffen waren, wie das Transportwesen oder das Gastgewerbe. Im Zuge der anhaltenden konjunkturellen Erholung wird sich die Arbeitslosigkeit zurückbilden. Umfragen deuten

allerdings darauf hin, dass es möglicherweise noch dauern wird, bis der Arbeitsmarkt die Folgen der Pandemie vollständig hinter sich gelassen hat: So erwarten Firmen in China ausweislich einer Umfrage der Außenhandelskammer im kommenden Jahr deutlich niedrigere Lohnzuwächse als noch vor der Krise (AHK 2020). Insgesamt dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion im kommenden Jahr um 9,1 Prozent expandieren, nach einem Anstieg in Höhe von knapp 2 Prozent in diesem Jahr. Im Jahr 2022 wird sich das Expansionstempo der chinesischen Wirtschaft dann als Folge des Auslaufens fiskalischer Impulse und einer voraussichtlich wieder strafferen Geld- und Kreditpolitik wohl auf 5,7 Prozent verlangsamen, was in etwa dem Potenzial- oder Trendwachstum entspricht.

Die Erholung in den übrigen Schwellenländern ist unterschiedlich weit fortgeschritten und die Aussichten sind differenziert. Die konjunkturelle Bild in den Schwellenländern ist uneinheitlich. Das Ausmaß des Einbruchs und das Tempo der Erholung waren in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich. Besonders stark betroffen von der Pandemie war im Frühjahr die Wirtschaft in Lateinamerika. Zu den Impulsen durch die Lockerung der Eindämmungsmaßnahmen kam im Sommer das Wiederanziehen der Rohstoffnachfrage, so dass die Produktion im dritten Quartal recht kräftig zulegen konnte. Allerdings stellen die fiskalischen Kosten der Krise einige Länder – insbesondere Argentinien und Ecuador – angesichts einer zuvor schon angespannten Schulden Situation vor große Herausforderungen. In Indien ist die Produktion im dritten Quartal zwar stark gestiegen, konnte den massiven Verlust aus dem Vorquartal aber bei weitem nicht aufholen. Die Erholung hat sich aber trotz weiterhin hoher Infektionszahlen bis zuletzt fortgesetzt, die Industrieproduktion überschritt ihren Vorjahresstand im Oktober um 3,6 Prozent. Nach dem diesjährigen starken Rückgang um voraussichtlich 7,9 Prozent dürfte das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2021 mit einer Rate von 11,6 Prozent kräftig steigen (Tabelle 5). In Russland wurde die Produktion im Sommer durch die mit der OPEC vereinbarte erhebliche Reduzierung der Rohölförderung gebremst. So verharnte die Industrieproduktion deutlich unter ihrem Vorjahresniveau, während die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe ihren Vorjahresstand wieder

erreichte. Im Herbst bekam die Erholung mit dem ansteigenden Infektionszahlen allerdings auch in Russland wieder einen Dämpfer.

Konjunkturelle Risiken resultieren aus der Ungewissheit über den Verlauf der Pandemie sowie aus dem ungewöhnlichen Ausmaß des Schocks und der wirtschaftspolitischen Reaktionen.

Für diese Prognose haben wir unterstellt, dass es gelingt, durch die gegenwärtigen Eindämmungsmaßnahmen die Infektionszahlen nachhaltig zu reduzieren. Bei weiteren Infektionswellen in den kommenden Monaten mit neuerlichen umfangreichen Lockdowns würde die Erholung der Weltkonjunktur im kommenden Jahr schwächer ausfallen. Auch würde sich die erwartete sukzessive Normalisierung der wirtschaftlichen Aktivität in den kontaktintensiven Bereichen verzögern, wenn die Durchimpfung der Bevölkerung – und mindestens der Risikogruppen – schwieriger sein oder länger brauchen sollte als erwartet. Andererseits könnte der Prozess der Normalisierung bei günstigen Rahmenbedingungen auch rascher erfolgen und zu einer höheren konjunkturellen Dynamik führen als unterstellt. Ein Aufwärtsrisiko bildet zudem die hohe Ersparnis, die sich dadurch ergeben hat, dass die Konsumenten auf Ausgaben für kontaktintensive Dienstleistungen verzichtet haben, sei es aufgrund von staatlichen Regeln oder freiwilligem Verzicht zur Verringerung von Infektionsrisiken, während gleichzeitig die verfügbaren Einkommen – nicht zuletzt auch durch staatliche Stützungsprogramme – vielfach nur wenig sanken oder, wie in den Vereinigten Staaten, sogar stiegen. Sollte mit der Überwindung der Pandemie die zurückgestaute Ersparnis in größerem Umfang nachfragewirksam werden, würde dies vermutlich nicht nur zu einem stärkeren Produktionsanstieg führen, sondern aufgrund der begrenzten Kapazitäten auch zu einem stärkeren Preisanstieg. Insbesondere in einem solchen Szenario wäre die Geldpolitik wohl gehalten, ihren Expansionsgrad zu verringern. Bei einem Anstieg der Kapitalmarktzinsen könnte es angesichts der stark gestiegenen Staatsverschuldung an den internationalen Finanzmärkten zu Vertrauensverlust und Kapitalflucht aus vulnerablen Staaten kommen ([Gern et al. 2020](#)), so dass die Erholung der Weltkonjunktur von der finanziellen Seite unter Druck kommen würde.

Tabelle 5:
Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise in ausgewählten Schwellenländern 2018–2021

	Gewicht	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise			
		2019	2020	2021	2022	2019	2020	2021	2022
Indonesien	6,0	5,0	-1,8	6,6	5,5	2,8	2,0	2,6	3,2
Thailand	2,4	2,6	-6,4	4,3	4,3	0,7	-0,8	1,1	1,4
Malaysia	1,7	4,3	-5,2	8,3	6,3	0,7	-1,1	1,3	2,1
Philippinen	1,8	6,0	-9,8	7,3	7,1	2,5	2,6	3,3	3,1
Insgesamt	11,9	4,6	-4,4	6,5	5,6	2,0	1,1	2,2	2,7
China	42,0	6,1	1,8	9,2	5,9	2,9	2,7	2,0	2,3
Indien	17,1	4,9	-7,9	11,6	8,8	3,7	6,9	7,3	4,8
Asien insgesamt	71,0	5,5	-1,6	9,3	6,5	3,0	3,4	3,3	3,0
Brasilien	5,8	1,4	-4,6	3,9	3,1	3,7	3,0	3,1	3,4
Mexiko	4,7	0,0	-8,9	4,4	3,4	3,6	3,4	3,6	3,1
Argentinien	1,9	-2,1	-12,3	4,8	2,9	53,5	50,0	40,0	40,0
Kolumbien	1,4	3,3	-8,0	5,0	3,9	3,5	2,5	1,9	3,0
Venezuela	0,4	-35,0	-25,0	-10,0	-5,0	-	-	-	-
Chile	0,9	1,0	-6,9	4,1	4,3	2,3	3,1	3,2	3,0
Peru	0,8	2,2	-11,5	6,1	4,6	2,1	1,8	2,3	2,4
Lateinamerika insgesamt	15,8	0,7	-7,6	4,4	3,4	9,5	8,7	7,6	7,6
Russland	7,4	1,3	-3,0	4,2	1,8	3,7	3,6	4,7	4,0
Türkei	4,4	0,9	-5,5	6,0	4,0	15,2	12,2	13,5	11,0
Südafrika	1,4	0,2	-7,5	7,0	3,5	4,1	3,3	4,0	5,0
Aufgeführte Länder	100,0	4,2	-2,9	8,0	5,5	4,6	4,7	4,6	4,2

Prozent. Gewicht: gemäß Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2019 nach Kaufkraftparitäten. Bruttoinlandsprodukt: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Verbraucherpreise: Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Asien insgesamt, Lateinamerika insgesamt: aufgeführte Länder.

Quelle: IMF, *International Financial Statistics*; OECD, *Main Economic Indicators*; nationale Statistiken; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Kasten 1:

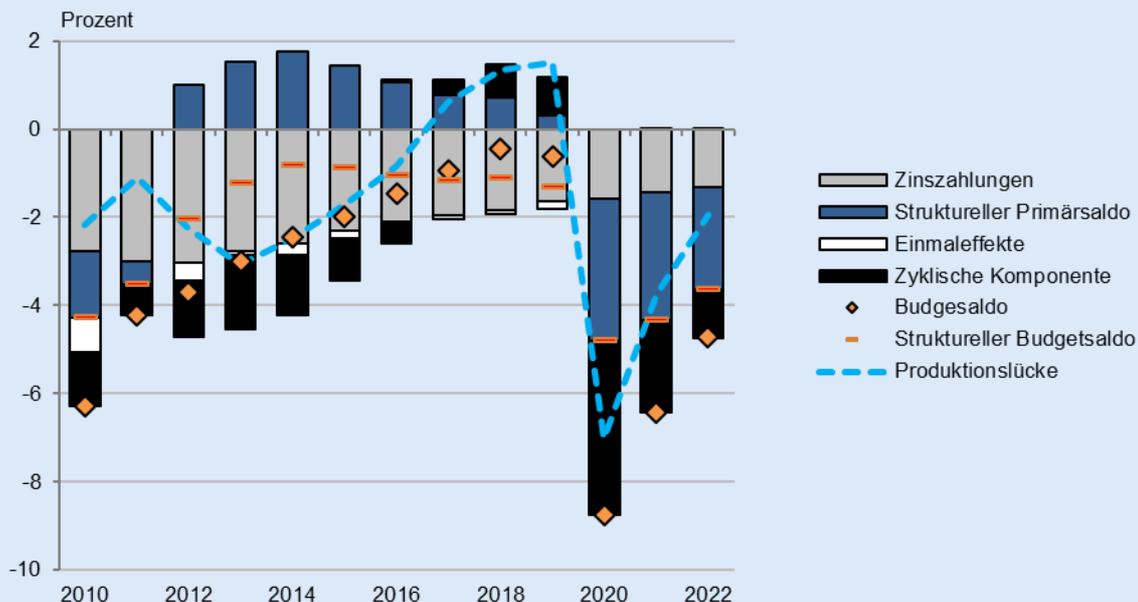
Zur fiskalischen Reaktion auf die Corona-Krise im Euroraum

Der Spielraum für finanzpolitischen Stimulus ist im Euroraum durch die europäischen Fiskalregeln eng begrenzt. Allerdings enthält der Stabilitäts- und Wachstumspakt die Möglichkeit, die Regeln im Falle eines schweren Wirtschaftsabschwungs im Euroraum oder in der Union insgesamt vorübergehend außer Kraft zu setzen („Allgemeine Ausweichklausel“). Diese Klausel wurde im Frühjahr angesichts des durch die Pandemie ausgelösten beispiellosen Einbruchs der Wirtschaftstätigkeit für das Jahr 2020 aktiviert, um den Regierungen ausreichend Flexibilität für notwendige fiskalische Anstrengungen zum Schutz der Bürger und zur Unterstützung der Wirtschaft zu geben. Im Herbst wurde angesichts der unvollständigen wirtschaftlichen Erholung und der Gefahr einer erneuten Verstärkung des Infektionsgeschehens beschlossen, die Fiskalregeln auch 2021 auszusetzen. Im Frühjahr 2021 soll die Europäische Kommission die Situation unter Berücksichtigung der aktualisierten Prognosen neu bewerten und die Anwendung der allgemeinen Ausweichklausel evaluieren (Europäische Kommission 2020a).^a

Unter diesen Bedingungen beschlossen die Regierungen der Länder des Euroraums in Reaktion auf die Corona-Krise finanzpolitische Maßnahmen in beträchtlichem Umfang. Der über die automatischen Stabilisatoren hinausgehende fiskalische Impuls kann anhand der Veränderung des strukturellen Primärsaldos gemessen werden, d.h. des gesamten Budgetsaldos abzüglich der Auswirkungen einmaliger oder vorübergehender Maßnahmen (wie z.B. einer Bankenrettung), der konjunkturellen Komponente (die den Effekt der automatischen Stabilisatoren auf den Staatshaushalt erfasst) und der Zinszahlungen auf die öffentliche Verschuldung, die von den Regierungen nicht direkt beeinflusst werden können (Abbildung K1-1).^b Nach Schätzungen der Europäischen Kommission (2020b) verringert sich der aggregierte strukturelle Primärsaldo im Euroraum im Jahr 2020 um 3,5 Prozentpunkte.^c Die Kommission erwartet, dass das Defizit im strukturellen Primärsaldo in den Jahren 2021 und 2022 nur allmählich zurückgeht.^d

Abbildung K1-1

Aggregierter Budgetsaldo im Euroraum nach Komponenten, 2010-2022

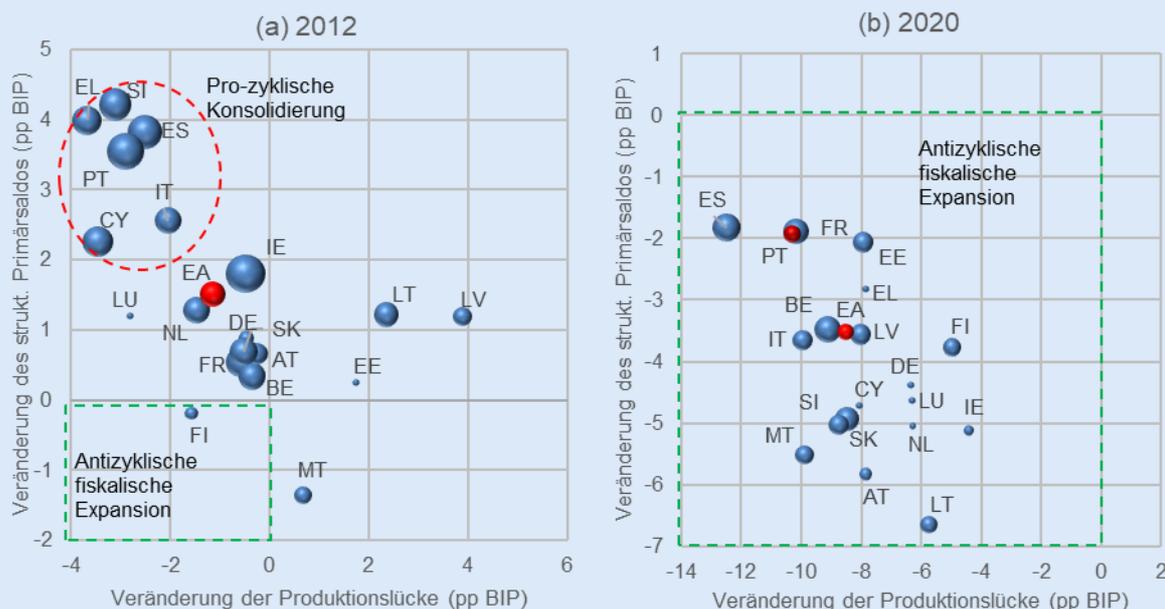


Quelle: Europäische Kommission 2020b, Darstellung des IfW Kiel

Während der Staatsschuldenkrise von 2010-12 wurde die Schuldentragfähigkeit mehrerer Mitgliedstaaten der Peripherie an den Finanzmärkten in Frage gestellt, und steigende Risikoprämien auf die Renditen von Staatsanleihen dieser Länder zwangen sie zu umfangreichen fiskalischen Konsolidierungsmaßnahmen, was die Nachfrage in den bereits in der Rezession befindlichen Volkswirtschaften weiter reduzierte (Abbildung K1-2a). Aus stabilitätspolitischer Sicht war der äußerst restriktive fiskalische Kurs in einer Zeit der Rezession eindeutig unerwünscht. Bei strukturellen Defiziten im Bereich von 4,5 bis 7 Prozent des Produktionspotenzial (erkennbar an der Größe der Blasen in Abbildung K1-2a) und einer ohnehin schon hohen Staatsverschuldung schien es jedoch notwendig, den strukturellen Budgetsaldo auch in Krisenzeiten zu verbessern ("Austerität"), um die Finanzmärkte zu beruhigen.

Abbildung K1-2

Fiskalische Ausrichtung im Euroraum während Krisen: 2012 vs. 2020



Quelle: Europäische Kommission 2020b, Darstellung des IfW Kiel

Anders als während der Staatsschuldenkrise konnten im Jahr 2020 nicht nur die automatischen Stabilisatoren uneingeschränkt wirken, sondern alle Mitgliedstaaten haben diskretionär expansive fiskalische Maßnahmen ergriffen (Abbildung K1-2b). Allerdings zeigt sich eine negative Korrelation zwischen der fiskalischen Reaktion und der Tiefe der Krise. Dies bedeutet, dass Länder, die am stärksten betroffen sind (wie Spanien, Portugal, Frankreich) fiskalpolitisch weniger expansiv reagiert haben als Länder mit einem weniger drastischen Rückgang der Produktion (wie Irland, Österreich, die Niederlande, Deutschland). Vermutlich ist der Zustand der öffentlichen Finanzen vor der Krise maßgeblich für das unterschiedliche Ausmaß der fiskalischen Reaktion: Während Deutschland, die Niederlande, Österreich und Irland einen nahezu ausgeglichenen oder positiven strukturellen Saldo im Jahr 2019 und einen relativ geringen Schuldenstand verzeichneten und damit über einen vergleichsweise großen fiskalischen Spielraum verfügten, gingen Spanien und Frankreich bereits mit erheblichen strukturellen Defiziten und einem hohen Schuldenstand in die Krise. Dies unterstreicht die Notwendigkeit, in wirtschaftlich guten Zeiten fiskalische Puffer aufzubauen, um in allfälligen Krisen auch fiskalisch angemessen reagieren zu können

^a Zu einer Diskussion der Implikationen der allgemeinen Ausweichklausel und ihrer Deaktivierung vgl. Gern et al. 2020.^b Das staatliche Kurzarbeitergeld, das den betroffenen Arbeitnehmern einen Teil des Verdienstaufschlags ersetzt, wird in den VGR nicht zu den Bruttolöhnen und -gehältern gezählt.

^b Die Kategorisierung der im Zusammenhang mit der Corona-Krise ergriffenen Maßnahmen ist strittig. So kann argumentiert werden, dass temporäre Maßnahmen, die eine direkte Reaktion auf die Pandemie und deren wirtschaftlichen Auswirkungen sind, im Rahmen der Haushaltsüberwachung als "einmalige Maßnahmen" behandelt und nicht in den strukturellen Haushaltssaldo einbezogen werden sollten (Dänisches Finanzministerium 2020). Will man den strukturellen Budgetsaldo zur Messung des Fiskalimpulses verwenden, ist es hingegen zweckmäßig, wie die Europäische Kommission zu verfahren und solche Maßnahmen in der strukturellen Budgetkomponente zu erfassen.

^c In diesem Kasten werden aus Konsistenzgründen durchgehend die Schätzungen und Prognosen aus der Herbstprognose der Europäischen Kommission verwendet. Sie sind nicht notwendigerweise identisch mit den Prognosen des IfW, insbesondere nicht mit der in Boysen-Hogrefe et al. 2020 vorgelegten aktuellen Prognose für den Staatshaushalt in Deutschland. Für die qualitativen Aussagen ist dies freilich nicht erheblich.

^d Bemerkenswert ist, dass der Überschuss im strukturellen Primärsaldo bereits in den vorangegangenen Jahren trotz günstiger Konjunktur (mit einer positiven und steigenden Produktionslücke) zurückgegangen ist, was auf eine im Euroraum insgesamt prozyklische expansive Finanzpolitik in den Jahren 2017-2019 hindeutet.

Kasten 2:**Zu den wirtschaftspolitischen Plänen der neuen US-Regierung**

Am 20. Januar 2021 wird Joe Biden als neuer Präsident der Vereinigten Staaten ins Amt eingeführt werden. Gegenüber der Vorgängerregierung ist in der Wirtschaftspolitik mit erheblichen Veränderungen zu rechnen. Die Agenda Bidens sieht weitreichende Ausgaben vor allem in den Bereichen Infrastruktur, erneuerbare Energien und Bildung vor. Finanziert werden sollen diese nur zum Teil durch Steuererhöhungen. In einer Abschätzung geht das Committee for a Responsible Budget (CRFB) von zusätzlichen Defiziten in den Jahren 2021 bis 2030 in Höhe von 5,6 Billionen Dollar aus (CRFB 2020).

Einen deutlichen Bruch mit der Vorgängerregierung stellt die Klimapolitik dar. So werden unter Präsident Biden die Vereinigten Staaten wieder dem Pariser Klimaabkommen beitreten. Des Weiteren verfolgt die Regierung das Ziel, bis zum Jahr 2050 die Nettoemissionen auf null zu reduzieren; für die Stromerzeugung soll dies bereits ab dem Jahr 2035 gelten. Um dies zu erreichen, hat Biden im Wahlkampf mehrere Programme vorgeschlagen, die sich teilweise überschneiden. Diese beinhalten die Förderung der erneuerbaren Energien und der E-Mobilität, Gebäudesanierungen und den Ausbau des (emissionsfreien) öffentlichen Nahverkehrs. Außerdem soll die Forschung im Bereich der negativen Emissionstechnologien vorangetrieben werden. Alles in allem herrscht angesichts der Vielzahl an Plänen und möglicher Doppelzählungen Unsicherheit über das finanzielle Volumen der Maßnahmen. CRFB (2020) rechnet vor, dass die Ausgaben zum Jahr 2030 zwischen 2 bis 4 Billionen Dollar umfassen dürften.

Ein wichtiger Bestandteil der Biden'schen Agenda ist die Ausweitung der Krankenversicherung im Rahmen des "Affordable Care Act" sowie die Möglichkeit für Bürger der Vereinigten Staaten, Medicare bereits ab einem Alter von 60 statt bislang 65 Jahren in Anspruch nehmen zu können. Das CRFB geht von Mehrausgaben in diesem Bereich in Höhe von etwa 2 Billionen Dollar aus. In der Sozialpolitik setzt Biden mit Mehrausgaben in Höhe von 2,7 Billionen Dollar vor allem bei der Bildung Akzente. Weitere Maßnahmen umfassen den sozialen Wohnungsbau (750 Mrd. Dollar) sowie höhere sozialstaatliche Transfers im Rahmen der Social Security- und Supplemental Security Income-Programme (1,1 Bio. Dollar).

Auch mit Blick auf die Steuerpolitik unterscheidet sich Bidens Programm deutlich von seinem Vorgänger. Die Regierung beabsichtigt, die Steuersätze insbesondere für Spitzenverdiener – mit einem Jahreseinkommen von mehr als 400 000 Dollar – zu erhöhen und damit im Wesentlichen die Senkung im Rahmen des "Tax Cuts and Jobs Act" (TCJA) der Trump-Regierung rückgängig zu machen. Auch im Bereich der Körperschaftssteuer werden Teile des TCJA zurückgedreht: So will die Regierung den Spitzensteuersatz von 21 auf 28 Prozent erhöhen. Außerdem soll ein Mindeststeuersatz von 15 Prozent für Unternehmen mit einem jährlichen Gewinn in Höhe von mehr als 100 Mio. Dollar gelten. Insgesamt rechnet das CRFB mit Mehreinnahmen in Höhe von 4,3 Billionen Dollar in den kommenden zehn Jahren. Die Tax Foundation setzt die Mehreinnahmen mit 3,3 Billionen Dollar deutlich niedriger an und geht davon aus, dass die verfügbaren Einkommen in Folge der Maßnahmen im Durchschnitt um knapp 2 Prozent sinken dürften; mit 7,7 Prozent fallen demnach die Einkommensverluste für die oberen 1 Prozent der Einkommensverteilung deutlich höher aus (Watson et al 2020).

Weniger deutlich sind die Unterschiede zwischen Biden und Trump hingegen in der Industrie- und Außenwirtschaftspolitik. Beide wollen letztlich die heimische Industrieproduktion stärken und die Nachfrage nach Erzeugnissen ausländischer Hersteller verringern (Langhammer 2020). Während Präsident Trump dabei vorrangig auf Zölle setzte, sieht Biden verschärfte "Buy American"-Regeln vor, die inländische Hersteller bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen bevorzugen. Außerdem plant er, die Förderung von Forschungs- und Entwicklungsausgaben an nationale Beschäftigungsgarantien zu koppeln, damit Industriejobs in den Vereinigten Staaten bleiben bzw. dorthin zurückverlagert werden. Neben den Mitteln unterscheiden sich auch die Begründungen. Unter Präsident Trump wurde merkantilistisch argumentiert: Der internationale Handel sei ein Nullsummenspiel, Handelsdefizite ein Ausdruck von (volkswirtschaftlicher) Schwäche und schlecht ausgehandelten Rahmenbedingungen; Zölle wären demnach ein geeignetes Mittel, um ausländische Konkurrenten zu schwächen oder Handelspartner am Verhandlungstisch zu Konzessionen zu zwingen. Die Argumentation von Biden richtet sich hingegen in erster Linie an die eigene Bevölkerung und stellt die Schaffung von (gut bezahlten) Industriejobs sowie die Förderung von strukturschwachen Regionen in den Vordergrund. So durchdringen dieselben industriepolitischen Ziele auch seine klimapolitischen Vorhaben. Weitere geplante Maßnahmen wie die Erhöhung des bundesweiten Mindestlohns oder eine gesetzlich gestärkte Verhandlungsmacht von Gewerkschaften fügen sich in diesen Rahmen.

Die möglichen Folgen einer Politik der Importsubstitution dürften freilich in beiden Spielarten ähnlich sein: Durch den Schutz vor ausländischer Konkurrenz entgehen den Vereinigten Staaten Handelsvorteile, und staatliche Großaufträge werden teurer für die Steuerzahler; zudem werden dadurch ineffiziente Strukturen zementiert, was das Produktionspotenzial schmälert. Mit Blick auf die Handelspartner der Vereinigten Staaten könnte es den Trend beschleunigen, dass sich ausländische Firmen vor Ort niederlassen, um bei öffentlichen Ausschreibungen nicht benachteiligt zu werden. Damit würden sie auch Vorgaben und Auflagen nationaler Industrie- und Sicherheitspolitik ausgesetzt, die ihren unternehmerischen Zielen

widersprechen könnten. Fraglich ist letztlich, ob eine solche Politik der Importsubstitution erfolgreich sein kann. Trumps Bilanz war in dieser Hinsicht jedenfalls wenig glanzvoll: Weder die Beschäftigung noch die Produktion nahmen in den Jahren 2017 bis 2019 in den besonders durch Zölle protegierten Automobil-, Stahl- oder Aluminiumbranchen stark zu (Gern und Hauber 2020). So erscheint denn auch Bidens Versprechen, fünf Millionen Arbeitsplätze im Verarbeitenden Gewerbe zu schaffen - dies entspricht einem Anstieg von 40 Prozent gegenüber dem Jahr 2019 -, reichlich optimistisch.

Trotz gewisser Überschneidungen mit seinem Vorgänger und der teils protektionistischen Rhetorik in Bidens Wahlprogramm dürfte nach dem Wechsel ein anderer Wind aus Washington wehen. Zwar wird auch eine Biden-Regierung zuerst US-amerikanische Interessen vertreten. Allerdings dürfte sie dabei diplomatischer, berechenbarer und pragmatischer agieren. Zölle oder Zollandrohungen außerhalb des WTO-Rechts dürften etwa der Vergangenheit angehören. Zudem steigt die Wahrscheinlichkeit, dass die Europäische Union mit der US-Regierung in Fragen wie dem Airbus-Boeing-Konflikt, einem möglichen CO²-Grenzausgleich oder einer gemeinsamen Position gegenüber China zu einer einvernehmlichen Lösung kommen kann.

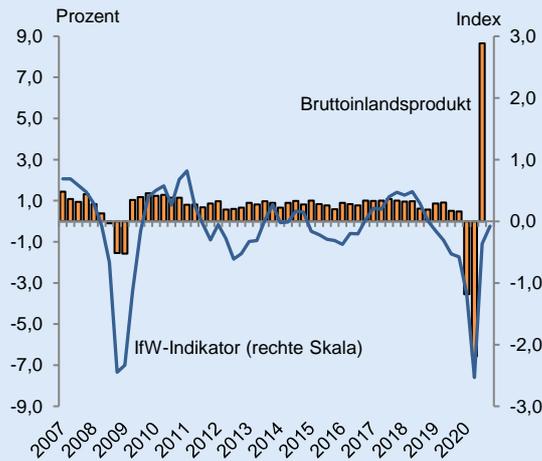
Datenanhang

INHALT

1. Weltkonjunktur.....	19
2. Vereinigte Staaten	20
3. Japan.....	21
4. Euroraum.....	22
5. Vereinigtes Königreich.....	23
6. China.....	24
7. Übrige Schwellenländer.....	25

1. Weltkonjunktur

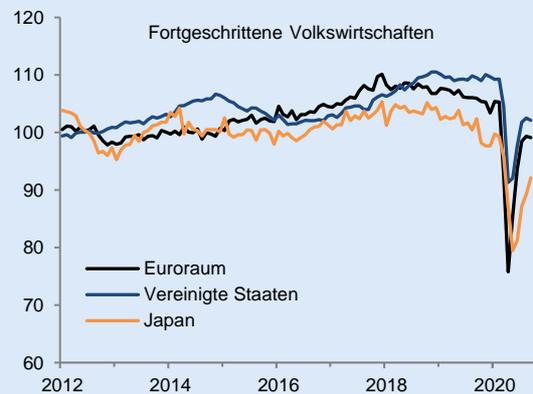
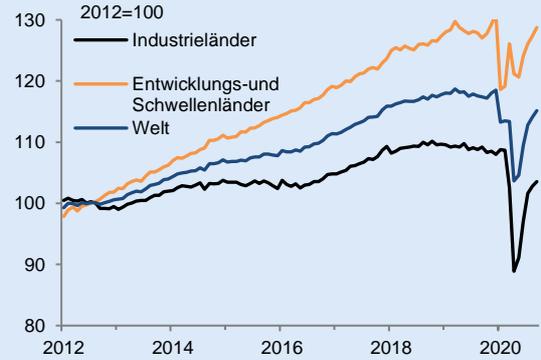
Abbildung 1.1:
Weltwirtschaftliche Aktivität 2007–2020



Quartalsdaten; saisonbereinigt; Indikator berechnet auf Basis von Stimmungsindikatoren aus 42 Ländern; Bruttoinlandsprodukt: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal, 46 Länder, gewichtet nach Kaufkraftparität.

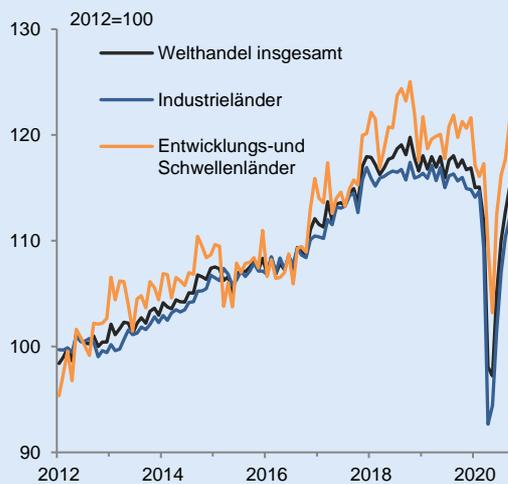
Quelle: OECD, *Main Economic Indicators*; nationale Quellen; Berechnungen des IfW Kiel.

Abbildung 1.2:
Weltweite Industrieproduktion nach Ländergruppen und Regionen 2012–2020



Monatsdaten; preis- und saisonbereinigt. Letzter Wert: Juni 2020
Quelle: CPB, *World Trade Monitor*; Berechnungen des IfW Kiel.

Abbildung 1.3:
Welthandel 2012–2020

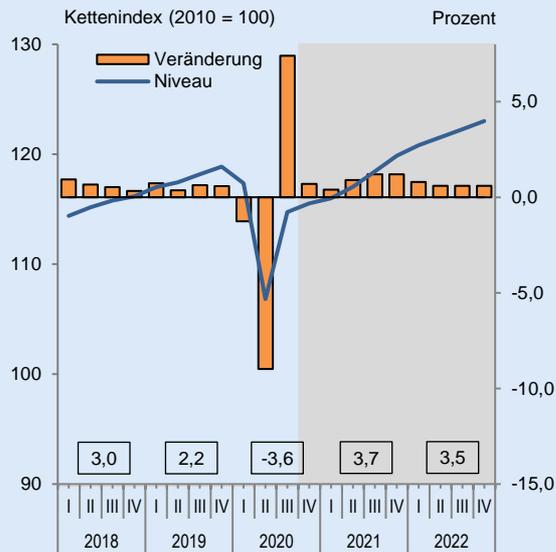


Monatsdaten; preis- und saisonbereinigt.

Quelle: CPB, *World Trade Monitor*; Berechnungen des IfW Kiel.

2. Vereinigte Staaten

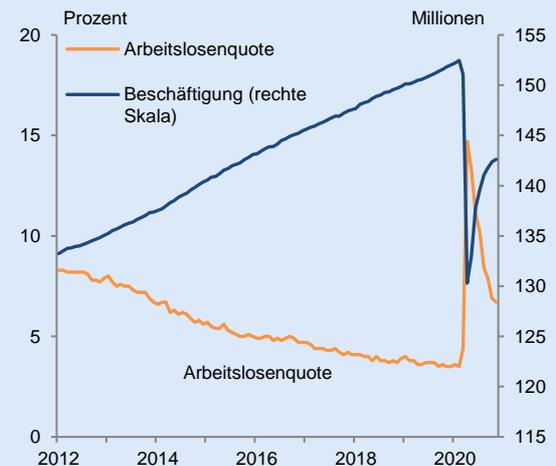
Abbildung 2.1:
Bruttoinlandsprodukt 2018–2022



Quartalsdaten, preis-, kalender- und saisonbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Gerahmt: Jahresdaten, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent.

Quelle: Bureau of Economic Analysis; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

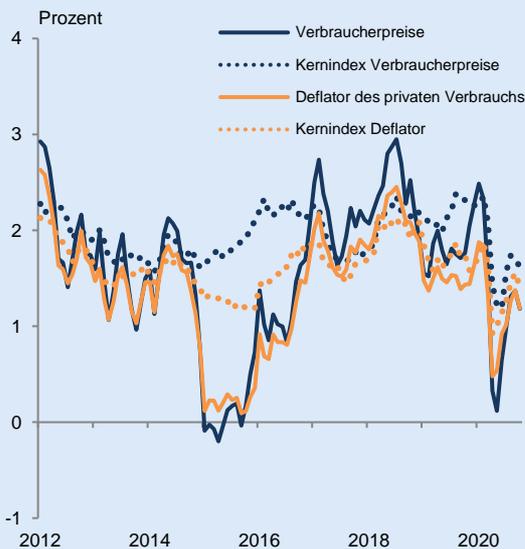
Abbildung 2.2:
Arbeitsmarkt 2012–2020



Monatsdaten; saisonbereinigt.

Quelle: US Department of Labor, *Employment Situation*.

Abbildung 2.3:
Verbraucherpreisanstieg 2012–2020



Monatswerte. Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Kernindex: ohne Energie und Nahrungsmittel.

Quelle: US Department of Labor, *Consumer Price Index*.

Tabelle 2.1:
Eckdaten zur Konjunktur in den Vereinigten Staaten 2019–2022

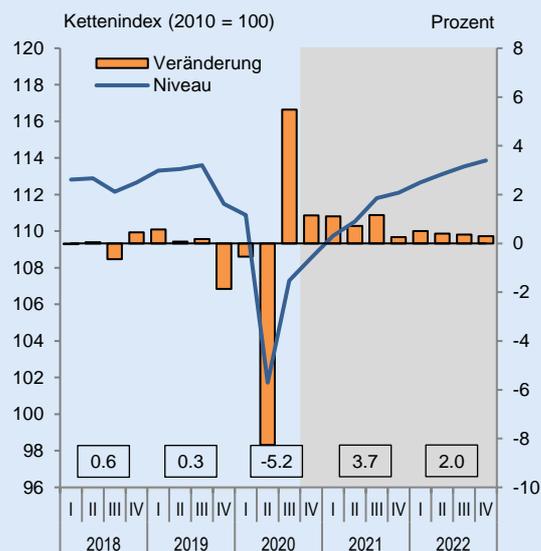
	2019	2020	2021	2022
Bruttoinlandsprodukt	2,2	-3,6	3,7	3,5
Inländische Verwendung	2,3	-3,5	3,9	3,4
Private Konsumausgaben	2,4	-3,9	4,0	3,1
Staatsausgaben	2,3	1,2	1,3	1,5
Anlageinvestitionen	1,9	-2,5	5,2	3,9
Ausrüstungen	2,1	-6,0	8,0	4,3
Geistige Eigentumsrechte	6,4	1,1	3,4	3,8
Gewerbliche Bauten	-0,6	-10,4	-1,7	4,6
Wohnungsbau	-1,7	4,5	8,5	3,2
Vorratsveränderungen	0,0	-0,7	0,2	0,5
Außenbeitrag	-0,1	-0,1	-0,2	0,0
Exporte	-0,1	-13,3	8,0	7,6
Importe	1,1	-10,4	8,8	6,3
Verbraucherpreise	1,8	1,2	2,2	2,1
Arbeitslosenquote	3,7	8,1	5,7	5,1
Leistungsbilanzsaldo	-2,2	-2,2	-2,4	-2,3
Budgetsaldo (Bund)	-4,6	-15,8	-9,3	-5,8

Bruttoinlandsprodukt: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent. Außenbeitrag, Vorratsveränderungen: Lundberg-Komponente. Arbeitslosenquote: in Prozent der Erwerbspersonen. Leistungsbilanzsaldo, Budgetsaldo: in Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts. Budgetsaldo: Fiskaljahr.

Quelle: US Department of Commerce, *National Economic Accounts*; US Department of Labor, *Employment Situation and Consumer Price Index*; US Department of the Treasury, *Monthly Treasury Statement*; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

3. Japan

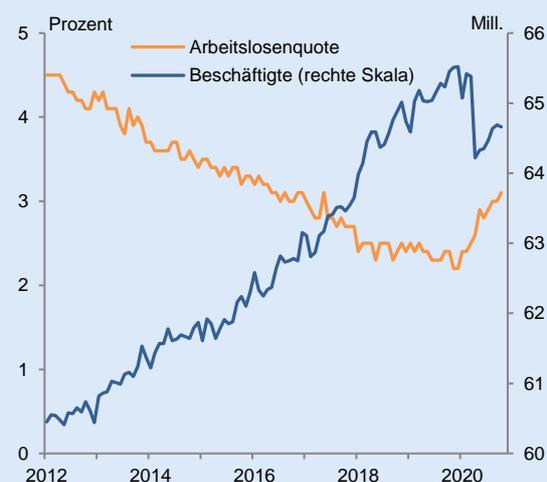
Abbildung 3.1:
Bruttoinlandsprodukt 2018–2022



Quartalsdaten, preis-, kalender- und saisonbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Gerahmt: Jahresdaten, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent.

Quelle: Cabinet Office, *National Accounts*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

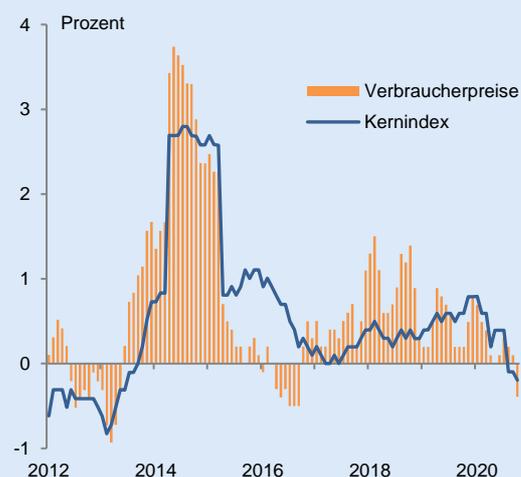
Abbildung 3.2:
Arbeitsmarkt 2012–2020



Monatsdaten; saisonbereinigt.

Quelle: Department of Labor.

Abbildung 3.3:
Verbraucherpreisanstieg 2012–2020



Monatswerte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Kernindex: Verbraucherpreise ohne Energie und Nahrungsmittel.

Quelle: Statistics Bureau of Japan.

Tabelle 3.1:
Eckdaten zur Konjunktur in Japan 2019–2022

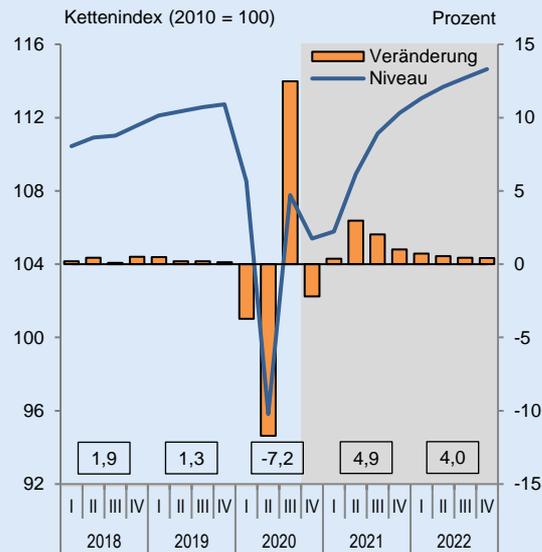
	2019	2020	2021	2022
Bruttoinlandsprodukt	0,3	-5,2	3,7	2,0
Inländische Verwendung	0,5	-3,8	3,2	1,8
Private Konsumausgaben	-0,2	-6,2	3,3	1,7
Konsumausgaben des Staates	1,9	2,4	3,3	1,5
Anlageinvestitionen	0,8	-4,3	3,1	2,4
Unternehmensinvestitionen	0,1	-6,4	2,9	3,1
Wohnungsbau	3,9	-6,2	2,5	1,7
Öffentliche Investitionen	1,1	3,8	4,2	1,0
Lagerinvestitionen	0,0	0,0	-0,1	0,0
Außenbeitrag	-0,1	-0,9	0,4	0,2
Exporte	-1,4	-13,9	6,6	4,6
Importe	-0,3	-6,6	3,5	3,4
Verbraucherpreise	0,5	0,2	0,5	0,8
Arbeitslosenquote	2,4	2,8	2,9	2,5
Leistungsbilanzsaldo	3,6	3,2	3,7	3,6
Gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo	-2,6	-10,5	-7,0	-4,0

Prozent. Bruttoinlandsprodukt: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Außenbeitrag, Vorratsveränderungen: Lundberg-Komponente. Arbeitslosenquote: Anteil an den Erwerbsspersonen. Finanzierungssaldo: in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt.

Quelle: Cabinet Office, *National Accounts*; OECD, *Main Economic Indicators*; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

4. Euroraum

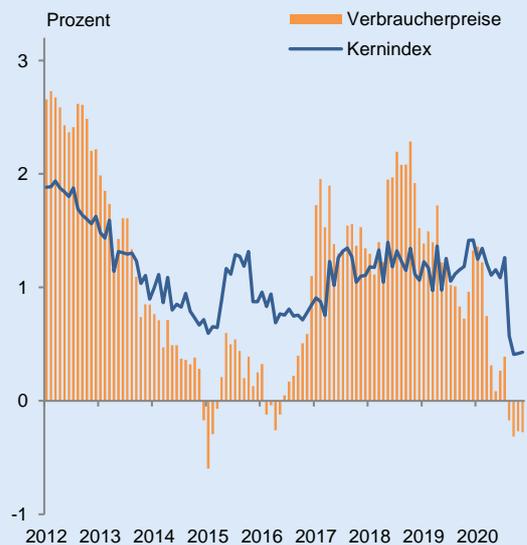
Abbildung 4.1:
Bruttoinlandsprodukt 2018–2022



Quartalsdaten, preis-, kalender- und saisonbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Gerahmt: Jahresdaten, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent.

Quelle: Eurostat, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen. grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

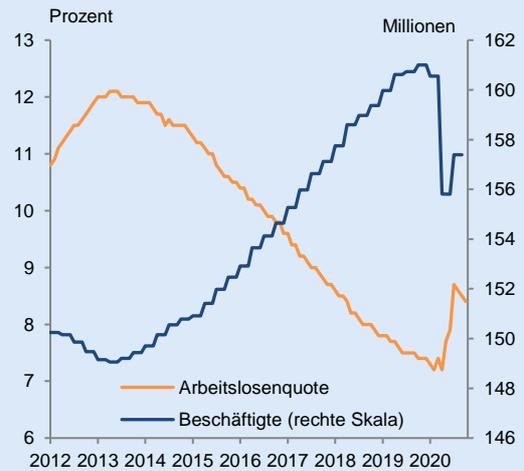
Abbildung 4.3:
Verbraucherpreisanstieg 2012–2020



Monatswerte. Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Kernrate: Verbraucherpreise ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel.

Quelle: Eurostat, Preisstatistik.

Abbildung 4.2:
Arbeitsmarkt 2012–2020



Monatsdaten; saisonbereinigt.

Quelle: Eurostat, Arbeitsmarktstatistik; EZB, Monatsbericht.

Tabelle 4.1:
Eckdaten zur Konjunktur im Euroraum 2019–2022

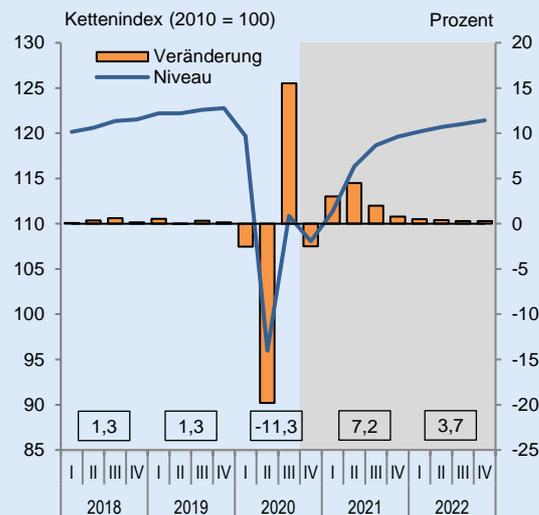
	2019	2020	2021	2022
Bruttoinlandsprodukt	1,3	-7,2	4,9	4,0
Inländische Verwendung	1,9	-6,8	4,7	4,2
Private Konsumausgaben	1,4	-8,3	5,1	5,3
Konsumausgaben des Staates	1,9	0,8	2,6	0,8
Anlageinvestitionen	5,7	-8,4	8,5	4,8
Vorratsveränderungen	-0,5	-0,5	-0,6	0,0
Außenbeitrag	-0,5	-0,6	0,4	-0,1
Exporte	2,5	-9,9	10,3	5,6
Importe	3,9	-9,3	10,1	6,0
Verbraucherpreise	1,2	0,3	1,7	1,4
Arbeitslosenquote	7,5	7,9	8,3	7,2
Leistungsbilanzsaldo	2,3	2,0	2,3	2,4
Budgetsaldo	-0,6	-8,6	-5,6	-3,8

Prozent. Bruttoinlandsprodukt: preisbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Außenbeitrag, Vorratsveränderungen: Lundberg-Komponente. Verbraucherpreise: harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI). Arbeitslosenquote: Anteil an den Erwerbspersonen. Budgetsaldo: In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt.

Quelle: Eurostat, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

5. Vereinigtes Königreich

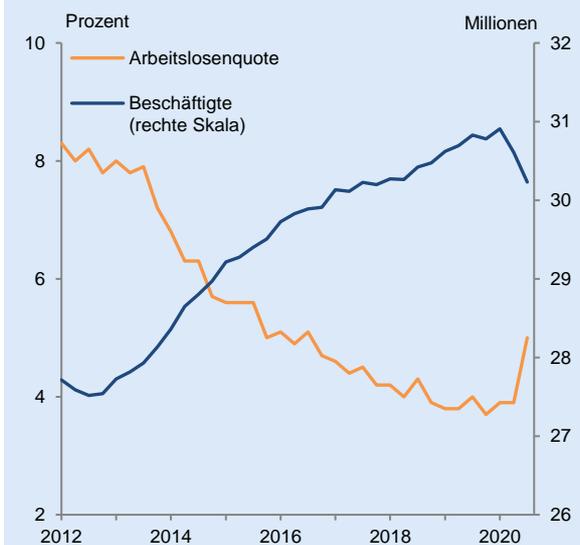
Abbildung 5.1:
Bruttoinlandsprodukt 2018–2022



Quartalsdaten, preis-, kalender- und saisonbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Gerahmt: Jahresdaten, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent.

Quelle: Cabinet Office, *National Accounts*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

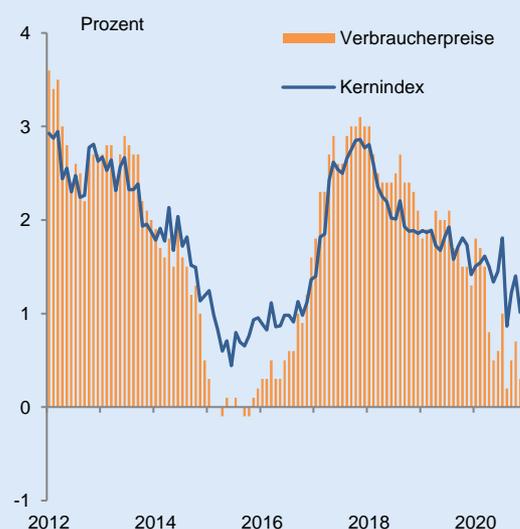
Abbildung 5.2:
Arbeitsmarkt 2012–2020



Quartalsdaten; saisonbereinigt.

Quelle: Office for National Statistics, *Economy*.

Abbildung 5.3:
Verbraucherpreisanstieg 2012–2020



Monatswerte. Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Kernrate: Verbraucherpreise ohne Energie und Nahrungsmittel.

Quelle: Office for National Statistics, *Economy*.

Tabelle 5.1:
 Eckdaten zur Konjunktur im Vereinigten Königreich 2018–2021

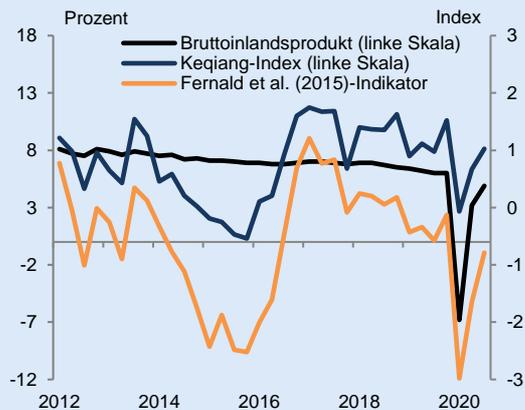
	2019	2020	2021	2022
Bruttoinlandsprodukt	1,3	-11,3	6,5	4,0
Inländische Verwendung	1,6	-13,3	7,8	4,8
Private Konsumausgaben	0,9	-14,5	7,0	3,4
Konsumausgaben des Staates	4,1	-9,0	6,8	1,5
Anlageinvestitionen	1,5	-12,6	7,2	3,2
Vorratsveränderungen	-0,1	-0,3	0,5	-0,1
Außenbeitrag	-0,2	2,0	-0,6	-0,3
Exporte	2,8	-13,5	8,0	3,5
Importe	3,3	-19,0	9,5	4,4
Verbraucherpreise	1,8	0,9	1,8	2,3
Arbeitslosenquote	3,8	4,2	5,3	4,8
Leistungsbilanzsaldo	-4,3	-2,9	-3,5	-3,5
Budgetsaldo	-2,4	-16,0	-11,5	-6,0

Prozent. Bruttoinlandsprodukt: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Vorratsveränderungen, Außenbeitrag: Lundberg-Komponente. Verbraucherpreise: harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI); Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Arbeitslosenquote: in Relation zu den Erwerbspersonen. Budgetsaldo: in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt.

Quelle: UK Office for National Statistics, *Economy*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

6. China

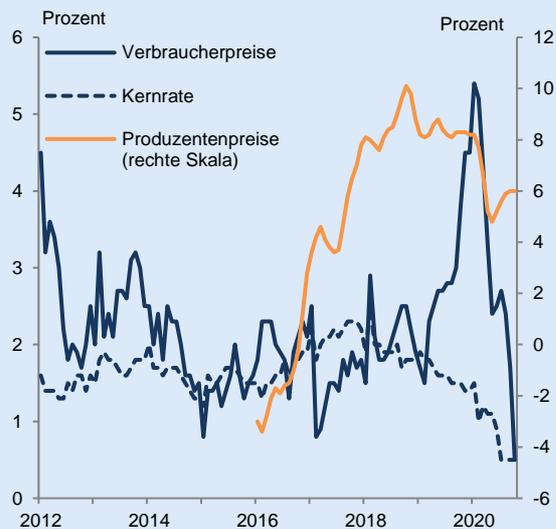
Abbildung 6.1:
Bruttoinlandsprodukt und alternative Aktivitätsmaße
2012–2020



Quartalsdaten. Bruttoinlandsprodukt: Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Keqiang-Index: arithmetisches Mittel des Kreditwachstums, der Frachtkargoraten sowie des Stromverbrauchs. Fernald et al. (2015)-Indikator: erste Hauptkomponente der Vorjahresraten der Stromerzeugung, Einzelhandelsumsätze, Schienenfrachtverkehrs und Rohmaterialpreise (zur Auswahl der Variablen, vergleiche Fernald et al. (2015). *Is China Fudging its Figures? Evidence from Trading Partner Data*. Federal Reserve Bank of San Francisco, Working Paper 2015-12).

Quelle: National Bureau of Statistics, People's Bank of China; Berechnungen des IfW Kiel.

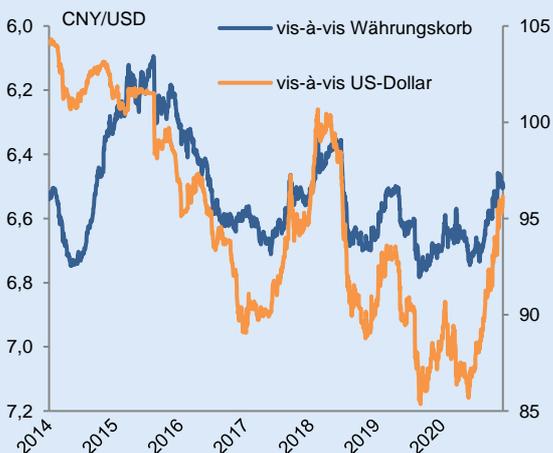
Abbildung 6.2:
Preisentwicklung 2012–2020



Monatswerte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Kernrate: Verbraucherpreise ohne Energie und Nahrungsmittel.

Quelle: National Bureau of Statistics.

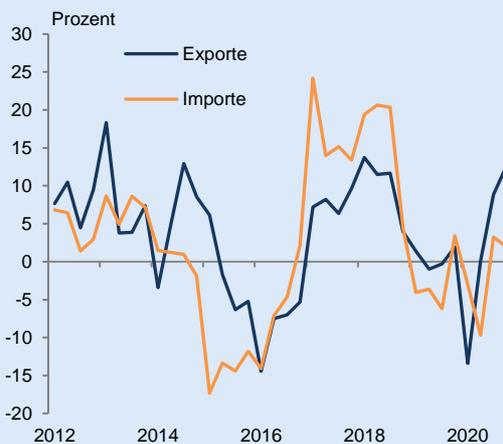
Abbildung 6.3:
Wechselkurse 2014–2020



Tagesdaten.

Quelle: Thomson Reuters; China Foreign Exchange Trade System; Berechnungen des IfW Kiel.

Abbildung 6.4:
Außenhandel 2012–2020

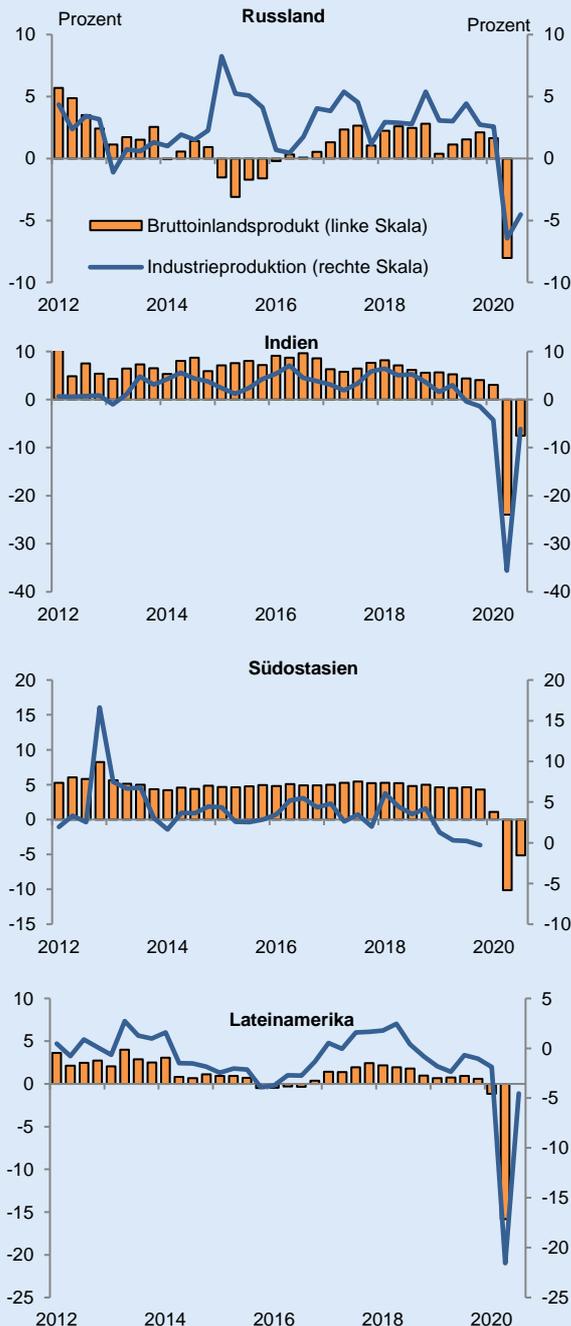


Veränderung gegenüber dem Vorjahr auf Basis von Quartalsdurchschnitten; 2020Q4: Oktoberwert.

Quelle: Chinesische Zollverwaltung

7. Übrige Schwellenländer

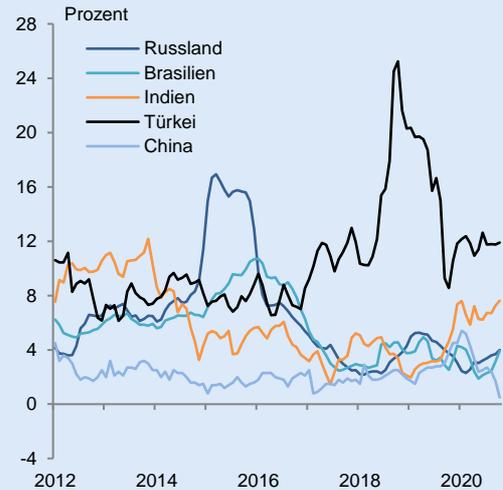
Abbildung 7.1:
Bruttoinlandsprodukt und Industrieproduktion 2012–2020



Quartalsdaten; preisbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorjahr; Südostasien: gewichteter Durchschnitt für Indonesien, Thailand, Malaysia und Philippinen; Lateinamerika: gewichteter Durchschnitt für Argentinien, Brasilien, Chile, Kolumbien, Mexiko und Peru.

Quelle: IMF, *International Financial Statistics*; nationale statistische Ämter; Berechnungen des IfW Kiel.

Abbildung 7.2:
Verbraucherpreise 2012–2020



Monatsdaten; Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: Federal State Statistics Service, *Russland*; Brasilianisches Institut für Geographie und Statistik, *Brasilien*; National Bureau of Statistics, *China*; Labour Bureau, *Indien*.

Abbildung 7.3:
US-Dollar-Wechselkurse 2012–2020



Wochendaten.

Quelle: Thomson Reuters Datastream

Literatur

AHK (Außenhandelskammer) (2020). Labor Market & Salary Report 2020|2021. Via Internet (9.12.2020): <https://china.ahk.de/market-info/economic-data-surveys/labor-market-and-salary-report/>

Committee for a Responsible Federal Budget (CRFB) (2020). The cost of the Trump and Biden campaign plans. US Budget Watch, 7. Oktober 2020. Via Internet (6.12.2020): http://www.crfb.org/sites/default/files/CRFB_USBW_CostOfTrumpAndBidenPlans.pdf

Dänisches Finanzministerium (2020). Denmark's Convergence Programme 2020. Via Internet (15.12.2020): https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/2020-european-semester-convergence-programme-denmark_en.pdf

Europäische Kommission (2020a). Communication on the 2021 Draft Budgetary Plans: Overall Assessment. 18 November 2020. Via Internet (15.12.2020) https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/economy-finance/dbps_overall_assessment.pdf

Europäische Kommission (2020b). Autumn 2020 Economic Forecast. Via Internet (15.12.2020): https://ec.europa.eu/info/business-economy-euro/economic-performance-and-forecasts/economic-forecasts/autumn-2020-economic-forecast_en

Felbermayr, G., und V. Stamer (2019). Niedrige Ausgleichszölle eine Warnung an Europa im Airbus-Boeing-Konflikt. Kiel Fokus. <https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/kiel-focus/2019/niedrige-ausgleichszoelle-eine-warung-an-europa-im-airbus-boeing-konflikt-13250/>

Gern, K.-J., P. Hauber (2020). Entwicklung der US-Industrie: Kein Trump-Effekt erkennbar. Kurzbericht, Institut für Weltwirtschaft. Via Internet (3.12.2020): <https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/policy-papers/entwicklung-der-us-industrie-kein-trump-effekt-erkennbar-0/>

Gern, K.-J., P. Hauber, P. Nickol und L. Stoppok (2020) Zu den Folgen der Corona-Pandemie für den Kapitalfluss in die Entwicklungs- und Schwellenländer. IfW-Box 2020.11. Via Internet (15.12.2020) https://www.ifw-kiel.de/fileadmin/Dateiverwaltung/IfW-Publications-/ifw/IfW_Box/2020/box_2020-11_Welt_Herbst.pdf

Gern, K.-J., S. Kooths und U. Stolzenburg (2020). When and How to Deactivate the SGP General Escape Clause? Fiscal Surveillance after the Break. Briefing Paper für das Economic Governance Support Unit des Europäischen Parlaments. Via internet (16.12.2020) [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/IDAN/2020/651376/IPOL_IDA\(2020\)651376_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/IDAN/2020/651376/IPOL_IDA(2020)651376_EN.pdf)

IWF (Internationaler Währungsfond) (2020). World Economic Outlook, October 2020: A Long and Difficult Ascent. Washington, DC.

Langhammer, R. (2020). Freierer Handel mit Joe Biden? Nein, nur die Mittel ändern sich. Kiel Focus, Institut für Weltwirtschaft Kiel. Via Internet (2.12.2020): <https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/kiel-focus/2020/freierer-handel-mit-joe-biden-nein-nur-die-mittel-aendern-sich-15233/>

OECD (Organisation for Economic Cooperation and Development) (2020). Economic Outlook. December.

Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2020). Erholung verliert an Fahrt – Wirtschaft und Politik weiter im Zeichen der Pandemie. Gemeinschaftsdiagnose 2-2020. Via Internet (15.12.2020) http://gemeinschaftsdiagnose.de/wp-content/uploads/2020/11/GD_H20_Langfassung_online.pdf

Watson, G., H. Li und T. Lajoie (2020). Details and Analysis of President-elect Joe Biden's Tax Proposals, October 2020 Update, FISCAL FACT, Nr. 730, Tax Foundation, Oktober 2020.